

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Emergenza Casa
Artur Streimelweger

**Warum Frauen mehr
arbeiten als Männer**
C. Altreiter & F. Astleithner

Staat oder Markt?
Josef Falkinger

**Bildung: Menschenrecht
und keine Ware zum
Verkauf?**
Irina Tzaferis

**RACHEL
ROSE**
KUB

EDITORIAL

Mit seinem Plan A hat Bundeskanzler Christian Kern die Initiative ergriffen, um erstmals seit zwei Jahren die innenpolitische Agenda mit alternativen Themen zu Obergrenzen&Co zu bestimmen. Es ist hier nicht der Raum, um auf die Vorschläge im Detail einzugehen. Eines ist allerdings mit freiem Auge erkennbar: Hier handelt es sich nicht um ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm, sondern ein sehr pragmatisches, wenn auch umfassendes Programm für eine Koalitionsregierung, die das Schlagwort der »Großen Koalition für die Lösung der großen Probleme« ernst meint. Der Verzicht auf eine umfassendere Forderung nach Vermögenssteuer, die Anerkennung einer ausgeglichenen Haushaltspolitik, die starke Betonung des Unternehmerstandpunkts und die inhaltlich befremdende Euphorie für einen 12-Stunden-Tag kann nicht anders verstanden werden, denn als Angebot an die ÖVP: Es zeigt auf, wie weit Kern entgegenkommt, wenn auch sozialdemokratische Politik durchsetzbar wird.

Die Reaktion der ÖVP lässt es jedoch mehr als zweifelhaft erscheinen, ob dieses Angebot verstanden wurde. Zu sagen, dass man über Arbeitszeitflexibilisierung und Einschränkungen des ArbeitnehmerInnenschutzes natürlich reden könne, Wertschöpfungsabgabe, Erbschaftssteuer und alles andere, was nach SPÖ riecht, nicht in Frage komme, lässt erahnen, wie weit der 37. Neustart der Großen Koalition reichen wird. Das Kalkül ist nachvollziehbar: Lässt sich SPÖ-Chef Kern auf diese Form des Neustarts ein, dann begräbt er gleichzeitig jeden inhaltlich-sozialdemokratischen Glaubwürdigkeitsanspruch.

Die Begeisterung für professionelles Auftreten und Veranstaltungsmanagement, gut sitzende Anzüge und stimmige Social-Media-Performance trägt die SPÖ und Christian Kern aber nicht über eineinhalb Jahre inhaltlich erfolglose Regierungsarbeit. Wenn es keine Möglichkeit gibt, substanzielle sozialdemokratische Vorschläge in dieser Regierung umzusetzen, dann wird das nicht besser, wenn man die Entscheidung der WählerInnen über den einzuschlagenden Kurs bis zum letzten Tag aufschiebt. Christian Kern hat der ÖVP ein sehr gutes Angebot gemacht, mit dem er sich gegenüber der eigenen Partei weit hinausgelehnt hat. Die ÖVP sollte nun Klartext sprechen: Deal – or no deal.

Am Beginn dieser Ausgabe steht ein Beitrag von **Artur Streimelweger**, der sich faktenreich mit dem **Wohnungsnotstand Italiens** auseinandersetzt.

Zur neu anlaufenden Debatte für ein sozialdemokratisches Parteiprogramm enthält dieses Heft gleich zwei sehr gehaltvolle Beiträge:

Carina Altreiter und Franz Astleithner beschäftigen sich eingehend mit den nach wie vor bestehenden massiven **Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen** bei bezahlter und unbezahlter Arbeit und zeigen auf, warum strukturelle Änderungen der **Arbeitszeitpolitik** und kollektive Arbeitszeitverkürzungen entscheidend sind, um auch individuelle Verhaltensänderungen zu unterstützen.

Josef Falkinger wiederum befasst sich sehr grundsätzlich mit dem **Verhältnis zwischen Staat und Markt** in der **sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik** und nach welchen Kriterien die Sozialdemokratie ihre Positionen neu bestimmen muss, um drei Jahrzehnte neoliberaler Verirrung überwinden zu können.

Thomas Riegler beleuchtet in seinem Text, welche Rolle die **Europaidee** in **neofaschistischen Gruppen** nach 1945 spielt und wie deren Europaverständnis bis heute ein positives Verhältnis zu rechtsextremen russischen Kreisen begründet.

Irina Tzaferis spricht in ihrem Diskussionsbeitrag die Notwendigkeit an, in der **Bildungspolitik** endlich wieder über die Aufgeregtheit anlässlich von Studien wie dem PISA-Test und der Ausrichtung auf optimale wirtschaftliche Verwertbarkeit von Bildung hinauszukommen.

Wolfgang Edelmüller zeigt schließlich mit teilweise bitterem Sarkasmus auf, wie eine ÖVP-Troika aus Kurz, Sobotka und Lopatka mit ihren regelmäßigen asyl- und »desintegrations«politischen Vorschlägen **die rechts-populistische Politikspirale antreibt** und der FPÖ in die Hände spielt.

Mit den Buchtipps wird das Heft abgerundet.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



RACHEL ROSE
Foto: Benjamin Barron
Courtesy of Rachel Rose

6 **Emergenza Casa**

VON ARTUR STREIMELWEGER

Programmdebatte

12 **Warum Frauen mehr arbeiten als Männer**

VON CARINA ALTREITER & FRANZ ASTLEITHNER

18 **Staat oder Markt?**

VON JOSEF FALKINGER

28 **Vom »Vierten Reich« zu den »Eurasiern«**

VON THOMAS RIEGLER

32 **Bildung: Menschenrecht und keine Ware zum Verkauf?**

VON IRINI TZAFERIS

36 **Die rechtspopulistische Diskriminierungsspirale**

VON WOLFGANG EDELMÜLLER

48 **Buchtipps**

Sachliches & Belletristisches

OFFENLEGUNG GEM. § 25 MEDIENGESETZ

Verleger ist die »VA Verlag GmbH«, Herausgeber ist die »Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT« beide in 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3. Blattlinie: »ZUKUNFT« ist eine Diskussionszeitschrift der sozialdemokratischen Bewegung in Österreich. Die »Zukunft« sieht ihre Aufgabe vor allem darin, auf hohem Niveau Entwicklungen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Kultur, Fragen der internationalen und österreichischen Politik zu analysieren und zu diskutieren.

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift »Zukunft«, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 **Verlag und Anzeigenannahme:** VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 **Chefredaktion:** Caspar Einem, Ludwig Dvořák (geschäftsführend) **Redaktion:** Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Elisabeth Felbermair, Senad Lacevic, Philipp Oberhaidinger, Armin Puller, Thomas Riegler, Michael Rosecker, Jennifer Sommer, Artur Streimelweger, Anna Vukan **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt **Cover:** Rachel Rose, Foto: Benjamin Barron, Courtesy of Rachel Rose

Emergenza Casa

Neben den gegenwärtigen politischen Erschütterungen nimmt die Wohnungskrise in Italien immer bedrohlichere Ausmaße an. Artur Streimelweger liefert Einblicke in den Zustand des italienischen Wohnungsmarktes und argumentiert, warum nur ein Ausbau des öffentlichen Sektors die aktuelle Krise lösen kann.

Italien befindet sich im Krisenmodus. Zur Wirtschaftskrise, stark gestiegener Arbeitslosigkeit und notleidende Banken gesellt sich nun auch noch eine handfeste politische Krise nach dem verlorenen Verfassungsreferendum, die zum Premierminister-Wechsel von Matteo Renzi zu Paolo Gentiloni geführt hat.

Eine Krise, die eher weniger öffentliche Beachtung findet, für die italienische Bevölkerung aber umso spürbarer ist, ist jene auf dem Wohnungsmarkt. Dort herrscht seit mehreren Jahren **Emergenza Casa**, akuter Wohnungsmangel. Eine Wohnungsnot, die vor allem für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen ein immer akuter werdendes Problem darstellt und – ähnlich wie in Österreich – auf einen zweigeteilten Wohnungsmarkt verweist. Hier die Lücke an leistbaren Wohnungen für **Otto-Normalverbraucher**, da der Boom hochpreisiger Eigentumswohnungen für die Oberschicht. Aktuell wird der Wohnungsbedarf in Italien auf 2,5 Mio. Wohnungen geschätzt, davon warten 650.000 Haushalte auf eine leistbare Wohnung im öffentlichen bzw. gemeinnützigen Wohnungssektor.

Auslöser der Krise am italienischen Wohnungsmarkt war die Wirtschafts- und Immobilienkrise, die Ursachen liegen aber tiefer und gehen weiter zurück. Sie sind eine Folge des schrittweisen Rückzugs der Wohnungspolitik aus der Wohnbauförderung und dem Abbau des sozialen Wohnungsbaus zugunsten der Förderung des freifinanzierten Wohnungseigentums.

WOHNUNGSPOLITIK UND WOHLFAHRTSSTAAT

In der Nachkriegsphase stand die Wohnungsfrage aufgrund der Kriegsschäden und des später einsetzenden Zuzugs in die Städte an der Spitze der politischen Agenda in Italien.

Die Verbesserung der Wohnversorgung war maßgeblicher Bestandteil wohlfahrtsstaatlicher Politik.

Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung war die Gründung des staatlichen Wohnungsunternehmens **INA-CASA** (Istituto Nazionale delle Assicurazioni **CASA**). In zwei Siebenjahresplänen errichtete sie zwischen 1949 und 1963 rd. 700.000 Wohnungen für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen. Mit einem anschließenden Zehn-Jahresplan wurde die öffentliche Wohnbauförderung umgestellt und das Aufkommen an eine einprozentige Lohnsummensteuer (0,35% Arbeitnehmer, 0,65% Arbeitnehmer) für alle abhängigen Beschäftigten gekoppelt. Mit diesem Mittelaufkommen, das dem ebenfalls sich aus der Lohnsumme speisenden Wohnbauförderungsbeitrag in Österreich ganz ähnlich war und einem Wohnbaufonds (**GESCAL**) zweckgewidmet wurde, konnte bis in den 1980er-Jahre eine kontinuierliche Neubautätigkeit ermöglicht werden.

RÜCKZUG DES STAATES

Aufgrund der gesunkenen Nachfrage nach sozialen Mietwohnungen und auch der Regionalisierung bzw. Gründung der Regionen trat das zentralstaatliche Engagement im Wohnbau in den 1980er-Jahren in den Hintergrund. Finanzierungsschwierigkeiten der öffentlichen Pensionsversicherung führten zu einer Debatte um die Wohnbauförderungsschiene **GESCAL**, die schließlich unter Bezugnahme auf den gesättigten Wohnungsmarkt 1998 ersatzlos abgeschafft und die bereits budgetierten **GESCAL**-Fördermittel in die Pensionskasse umgeleitet wurde. Die Folge war ein drastischer Rückgang des Wohnungsneubaus. Auf die Abschaffung der objektorientierten Wohnbauförderung folgte schließlich die Übertragung der Zuständigkeit der Wohnungspolitik auf die Regionen. Diese sahen sich in den

1990ern einer verstärkten Nachfrage nach kostengünstigen Wohnungen durch eine steigen-de Einwanderung konfrontiert. Dies und das Fehlen von Finanzierungsmitteln für eine Wiederankurbelung des Wohnungsneubaus, die Privatisierung von immer mehr Sozialwohnun-gen und der durch die Liberalisierung des Mietrechts ausgelöste Preisauftrieb auf dem privaten Mietwohnungssektor, erhöhte zusehends den Druck auf dem Wohnungsmarkt.

IMMOBILIENBOOM

Für eine nur oberflächliche Entspannung sorgte der mit dem Beitritt zur Euro-Zone einset-zende Boom am Wohnimmobiliensektor. Das niedrige Zinsniveau, günstige Finanzierungs-konditionen der Banken und ein deregulierter Markt für Hypothekarkredite sorgten für einen sprunghaften Anstieg der Investitionen in das Wohnungseigentumssegment. Alleine in der 1. Hälfte der 2000er-Jahre wurden rund 300.000 Wohnungen pro Jahr fertiggestellt, was einer Steigerung um fast 60% gegenüber den 1990ern entspricht.

Befeuert wurden die Wohnbauinvestitionen vom starken Anstieg der Wohnimmobilienpreise und der Verschuldung der Privathaushalte. Die Wohnungspreise erhöhten sich in diesem Zeitraum um durchschnittlich jährlich 8%. Die Pro-Kopf-Hypothekarverschuldung verdoppelte sich in den letzten 10 Jahren.

Dass die Verschuldung der Privathaushalte nicht stärker anstieg, ist der bedeutenden Rolle der Familiensparnisse für den Wohnungserwerb des Nachwuchses zu verdanken. Wie nur in wenigen anderen EU-Ländern »subventionieren« die Eltern und Großeltern mit ihren Rück-lagen die Haushaltsgründung ihrer Kinder bzw. Enkelkinder und tragen dadurch zur Redukti-on der Kreditbelastung bei. Aufgrund der andauernden Wirtschaftskrise können sich diese »familiäre« Wohnbauförderung aber immer weniger Haushalte leisten.

Da Investitionen in die Errichtung von günstigen Mietwohnungen zugunsten des Wohnungs-eigentums zurückgestellt wurden, spitzte sich die Knappheit im stark nachgefragten Segment leistbarer Mietwohnungen weiter zu.

Im Vergleich dazu blieb Österreich von Turbulenzen auf seinem Wohnungsmarkt verschont. Die Neubauleistung verlief auf stabilem Niveau, die Miet- und Wohnungspreise entwickelten sich moderat. Wesentlich dafür verantwortlich war die Angebotsteuerung durch eine gut aus-

gestattete objektorientierte Wohnbauförderung, die kontinuierliche Wohnungsproduktion der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und ein starker sozial gebundener Mietwohnungssektor mit einem Anteil von rd. 20% des gesamten Wohnungsbestandes.

KRISE DES WOHNUNGSMARKTES

Mit der Wirtschaftskrise platzte auch die Blase am italienischen Wohnimmobiliensektor und brachte die Defizite der italienischen Wohnungspolitik zum Vorschein. Jetzt, da sich aufgrund steigender Arbeitslosenzahlen, sinkender Einkommen und der restriktiveren Kreditvergabe-politik der Banken immer weniger Haushalte ihre »eigenen vier Wände« leisten können bzw. mit den Kreditraten in Verzug sind und die Wohnkostenbelastung steigt, treten die negativen Konsequenzen der einseitigen Förderung des Wohnungseigentums zulasten eines nen-nenswerten sozialen Mietwohnbaus besonders schmerzlich zutage.

Laut EUROSTAT liegt der Wohnungsaufwand aufgrund des Preisanstiegs heute um gut 1/3 höher als vor 10 Jahren und ist die Zahl jener Haushalte, die sich von den Wohnkosten stark belastet fühlen, auf 60% angestiegen.

Vor allem auf die Jugendlichen hat ein fehlendes Angebot leistbarer Wohnungen gravierende Auswirkungen. Mangels geeignetem Wohnraum für die Haushaltsgründung verlängert sich ihr Aufenthalt im elterlichen Haushalt. Rund zwei Drittel der Italiener im Alter zwischen 18 und 34 Jahren leben noch bei den Eltern. Vor 10 Jahren lag der Anteil noch bei rd. 60%. Folge des Wohnungsmangels ist auch ein Ansteigen der Überbelegungsquote auf ein deut-lich über dem EU-Schnitt (17%) liegendes Niveau von 27%.

Demgegenüber hat sich der Wohnungsaufwand in Österreich relativ moderat um 1,2 Pro-zentpunkte auf rd. 23% der Konsumausgaben erhöht, im ähnlichen Ausmaß hat auch die Zahl der Haushalte mit starker Wohnkostenbelastung zugenommen. Die Überbelegungsquo-te liegt mit 15% unter dem EU-Durchschnitt.

EIN LAND VON EIGENTÜMERN

Dass Italien heute ein Land von Eigentümern ist, war nicht immer so. 72% der Italiener besit-zen ein Eigenheim bzw. Wohnung. Noch Anfang der 1970er-Jahre belief sich die Eigen-tumsquote auf 51%. Der soziale Wohnungsbau fristet in Italien ein Schattendasein. Mit ei-nem Anteil von 4% steht

er schon allein quantitativ nicht für die Wohnversorgung breiter Bevölkerungsschichten zur Verfügung, sondern ist aufgrund rigider Einkommensgrenzen nur für sozial schwache Haushalte zugänglich.

Ganz anders die Situation in Österreich: Mit einer Eigentums- bzw. Mietquote von 58% bzw. 42% verfügt Österreich nicht nur über einen relativ ausgewogenen Wohnungsmarkt, hierzu-lande genießt der soziale Wohnbau mit seinen rd. 900.000 Mietwohnungen und einem Anteil von 20% am gesamten Wohnungsbestand einen ungleich höheren Stellenwert in der Wohn-versorgung und steht breiten Bevölkerungsschichten bis weit in den Mittelstand offen.

Was in Österreich bislang weitgehend unterblieben ist bzw. verhindert wurde, hat in Italien maßgeblich zur Schieflage am Wohnungsmarkt beitragen – der großflächige Abverkauf von Wohnungen öffentlicher Unternehmen oder Genossenschaften. Gefördert wurde der Verkauf durch die Übernahme von Garantien durch die öffentliche Hand und dies zu deutlich unter dem Marktniveau liegenden Preisen. Die Einnahmen fließen in die Errichtung leistbarer Wohnungen – ein wenig nachhaltiges wohnungspolitisches Modell.

WOHNUNGSNEUBAU STOCKT


Dies umso mehr, als der Neubau von rund 6.000 Sozialwohnungen im Durchschnitt der letzten Jahren deutlich unter dem Bedarf liegt und nur einem Anteil von 5% der gesamten Bau-tätigkeit entspricht.

Zum Vergleich: In Österreich nimmt die Neubauleistung der gemeinnützigen Wohnungswirt-schaft von jährlich 15.000 Wohnungen einen Anteil von einem Drittel der gesamten Fertig-stellungen ein. Bezogen auf 1.000 Einwohner stellen die gemeinnützigen Bauvereinigungen in Österreich damit 1,7 Wohnungen pro Jahr fertig, in Italien werden von den öffentli-chen/sozialen Wohnungsunternehmen jährlich nur 0,1 Wohnungen pro 1.000 Einwohner errichtet.

Die gesamtstaatlichen Ausgaben zur Wohnbauförderung liegen in Italien bei rund einem Prozent des BIP, wobei der größte Anteil als Wohnbeihilfen zur Reduktion der Wohnkosten-belastung eingesetzt wird. Mit 0,9% des BIP investiert Österreich weniger in die Förderung des Wohnungsbaus. Im Unterschied zu Italien fließt davon der Großteil (0,7%) in die Objekt-förderung, also direkt in die Wohnungsproduktion,

der Rest in die Subjektförderung. In-sge-samt macht damit die österreichische Wohnbauförderung im Schnitt rd. 2,6 Mrd. Euro pro Jahr aus. In Anbetracht einer hohen Förderleistung von durchschnittlich rd. 60% der Neu-bauwohnungen zeigt sich hier die hohe Effizienz und Breitenwirksamkeit der österreichi-schen Wohnbauförderung.

SPÄRLICHE ANSÄTZE

Nur allmählich kommt in Italien der Neubau kostengünstiger Wohnungen in Gang. 2014 wur-de ein 1,7 Mrd. Euro umfassendes Wohnbauprogramm beschlossen, das auch die Förde-rung des sozialen und öffentlichen Wohnungsbaus vorsieht. Aufgrund leerer öffentlicher Kassen wird darüber hinaus mit öffentlich-privaten-Finanzierungsvehikeln versucht, die Wohnungsnot zu lindern. 2009 legte die Staatsbank Cassa Depositi e Prestiti, die sämtliche Postguthaben der Bürger verwaltet, einen Wohnbaufonds (Fondo Investimenti per l'Arbitare) auf. Er investiert rund zwei Mrd. Euro öffentliche und private Gelder in regionale Wohnbau-projekte und kofinanziert andere private Fonds. So etwa den Lombardeifonds der Immobili-engesellschaft Polaris, der zusammen mit Geldern von Sparkassenstiftungen, Pensionskas-sen und Versicherungen in Projekte des neuen sozialen Wohnbaus investiert. 



RACHEL ROSE

Palisades in Palisades, 2014, HD-Video, ca. 10 Minuten, Filmstill

Courtesy of the artist, Pilar Corrias Galerie, London und Gavin Brown's enterprise, New York

© Rachel Rose



RACHEL ROSE

KUB

Rachel Rose ist der Shootingstar der gegenwärtigen US-amerikanischen Kunstszene. Ausgangspunkt für ihre präzisen Videos ist ein konkreter räumlicher Bezug, eine Reverenz an modernes oder zeitgenössisches Bauen. Die Beschäftigung mit Architektur wird zu einem fluidalen Erleben. So ließ sie sich von dem berühmten 1949 gebauten Glass House von Philip Johnson in New Canaan, Connecticut, inspirieren oder in einer ihrer jüngsten Arbeiten, die im Neubau des Whitney Museum of American Art in New York zu sehen war, von den Erlebnissen eines Astronauten, der im Weltraum spazieren geht.

KUB

4.2 bis 17.4 2017

www.kunsthhaus-bregenz.at

RACHEL ROSE

Palisades in Palisades, 2014, HD-Video, ca. 10 Minuten, Filmstill

Courtesy of the artist, Pilar Corrias Galerie, London und Gavin Brown's enterprise, New York

© Rachel Rose

Warum Frauen mehr arbeiten als Männer

Carina Altreiter und Franz Astleithner untersuchen in ihrem Beitrag das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern und entwickeln programmatische Überlegungen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in deren Zentrum die Arbeitszeitpolitik steht.

Zeit ist mehr als in den Ziffern einer Uhr zum Ausdruck kommt. Aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive können wir Zeit als »soziale Konstruktion« begreifen, die ein Produkt des Zusammenspiels von sozialen Handlungen und Strukturen ist und historischen Wandlungsprozessen unterliegt. In die herrschende Zeitordnung – also wann und wie viel gearbeitet wird, wer welche Arbeit leistet und wie diese bewertet und entgolten wird – sind auch immer gesellschaftliche Machtverhältnisse eingeschrieben. Damit sind Fragen der (Arbeits-)Zeit unmittelbar auch Fragen sozialer Ungleichheit. Arbeitszeitpolitik kann dementsprechend ein Instrument zur Beförderung einer solidarischen, egalitären Gesellschaft sein, oder dafür hinderlich. Der Beitrag beginnt mit einer Bestandsaufnahme zur aktuellen Verteilung von Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern und diskutiert im Anschluss daran Perspektiven auf eine gerechtere Verteilung.

1. Wer arbeitet was wie lange?

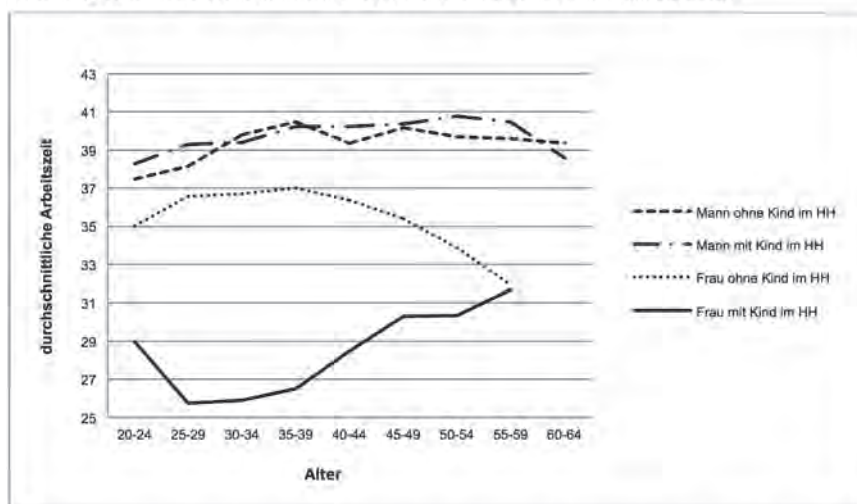
Der Anteil der Frauen in Beschäftigung hat sich seit den 1970er-Jahren kontinuierlich erhöht. Dieser Anstieg hat jedoch vor allem im Bereich der Teilzeitbeschäftigung stattgefunden. Zwar sind auch Männer von dem Trend steigender Teilzeitarbeit nicht verschont geblieben – mittlerweile arbeiten insgesamt 28,3 Prozent aller Unselbständigen in Teilzeit – der größte Anteil entfällt jedoch auf Frauen. Nur mehr knapp die Hälfte der weiblichen Beschäftigten hat eine Vollzeitstelle. Entsprechend der hohen Teilzeitquote von Frauen liegt ihre durchschnittliche Arbeitszeit mit 31,6 Stunden deutlich unter der von Männern, die bei 39,8 Stunden liegt (2015). Seit der Wirtschaftskrise ist darüber hinaus das Arbeitsvolumen insgesamt gesunken, während die Zahl der Erwerbstätigen ansteigt. Immer weniger Stunden werden also auf immer mehr

Personen aufgeteilt. Die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung stellt damit eine umfassende individualisierte Form der Arbeitszeitverkürzung dar, die vor allem auf dem Rücken von Frauen ausgetragen wird. Sie sind es auch, die die damit verbundenen negativen Auswirkungen, wie mangelnde soziale Absicherung oder schlechtere Karrierechancen, zu tragen haben. Auf der anderen Seite sind es statistisch betrachtet eher die Männer, die überlange Arbeitszeiten, an oder über der Grenze des gesetzlich Erlaubten haben. 2015 gaben 11 Prozent der Männer, aber nur 3,2 Prozent der Frauen eine durchschnittliche normale Arbeitszeit von über 48 Stunden an. Die Ausgestaltung der Arbeitszeit wird auch stark von den jeweiligen Branchen(kulturen) geprägt. So ist beispielsweise in den männlich dominierten Wirtschaftsabschnitten eine Arbeitszeit von mehr als 40 Stunden besonders häufig. Kurze Arbeitszeiten hingegen kommen in eher weiblich dominierten Bereichen, etwa Gesundheits- und Sozialwesen, Beherbergung und Gastronomie oder Kunst, öfter vor.

Von Arbeit die nichts wert, aber dennoch notwendig ist

Ein zentraler Grund für die unterschiedlichen Arbeitszeiten von Männern und Frauen stellt die ungleiche Verteilung der Zuständigkeiten für Versorgungs- und Betreuungsarbeiten dar. Diese wird nach wie vor in erster Linie den Frauen überantwortet. Trotz partieller Fortschritte hat sich an der grundsätzlichen Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern nur wenig geändert. So engagieren sich zwar heute mehr Männern im Haushalt (in den letzten 30 Jahren hat sich der Anteil von Männern, die im Haushalt helfen immerhin von unter einem Viertel auf knapp drei Viertel erhöht), die Zeit, die sie dafür aufbringen, ist jedoch kaum gestiegen. Frauen investieren

Abbildung 1: Arbeitszeit von Männern und Frauen mit und ohne Kinder im Haushalt *



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2014 (eigene Berechnungen), Unselbständig Beschäftigte, die in der Referenzwoche in der Haupterwerbstätigkeit gearbeitet haben und normalerweise mindestens 12 Stunden arbeiten.

auch heute noch mehr als doppelt so viele Stunden in Haus- und Betreuungsarbeit als Männer (Statistik Austria, 2009). In Verbindung mit einem österreichischen System von Halbtagskindergärten und Halbtagschulen sehen viele Frauen für sich kaum andere Möglichkeiten, als eine Teilzeitstelle anzunehmen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Frauen familiäre Betreuungsverpflichtungen als Hauptgrund nennen, warum keine Vollzeitbeschäftigung ausgeübt wird (37,6 Prozent), bei Männern ist das nur ein kleiner Teil (3,8 Prozent) (Eichmann und Saupe 2014, 100).

Die Erwerbsarbeitszeiten von Frauen ändern sich deshalb auch gravierend, sobald Kinder im gemeinsamen Haushalt leben (siehe Abbildung 1). Während Männer davon unberührt im Schnitt rund 40 Stunden in der Woche arbeiten und bei Geburt eines Kindes sogar tendenziell noch Arbeitsstunden ausweiten, haben Frauen mit Kindern deutlich kürzere Arbeitszeiten. Summiert man jedoch die bezahlte und die unbezahlte Arbeit auf, kommen Frauen plötzlich auf längere Arbeitszeiten als Männer. Im Schnitt leisten erwerbstätige Frauen pro Woche dadurch 13 Stunden mehr Arbeit als erwerbstätige Männer (Statistik Austria 2009). (Siehe Abb. 1)

IZWEI MENSCHEN, EINEINHALB EINKOMMEN

Allerdings gibt es in der konkreten Ausgestaltung und Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit erhebliche länderspezifische Unterschiede. Die (geschlechtsspezifische) Organisation der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes stehen in engem Zusammenhang mit der ebenso geschlechtsspezifischen Organisation des

Reproduktionsbereichs. Österreich ist diesbezüglich dem konservativen Wohlfahrtsstaatsregime zuzuordnen. Bei Paaren mit Kindern sieht das vorherrschende Modell so aus, dass in der Regel die Frau ihre Erwerbsarbeitsstunden stark reduziert, während der Mann Vollzeit arbeitet und oft auch noch den Überstundenanteil ausbauen, Bergmann et al. sprechen von »1 1/2-VerdienerInnen-Haushalten« (2014). Im internationalen Vergleich schneiden die österreichischen Männer daher sowohl bei der Beteiligung an Sorgearbeit als auch bei der Beteiligung an Hausarbeit besonders schlecht ab. Im europäischen Vergleich sind Männer in Dänemark, den Niederlanden und Norwegen am stärksten an Haus- und Betreuungsarbeiten beteiligt. Das schlägt sich auch im Anteil der von Männern erbrachten unbezahlten Arbeitszeit nieder, die in Finnland, Dänemark und Schweden mit rund 40 Prozent am höchsten ist und in Österreich mit einem Viertel deutlich darunterliegt (Scambor, Wojnicka, und Bergmann 2013).

2. Gleichere Arbeitszeiten als Voraussetzung für Geschlechtergerechtigkeit

Die Arbeitszeit(-politik) kann als Stellschraube im Arrangement ökonomischer und geschlechterpolitischer Verhältnisse gesehen werden. Das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen könnte man auf zwei unterschiedliche Arten lösen. Entweder, man versucht mehr Frauen in Vollzeitbeschäftigung zu bringen, und damit die Lebensmodelle der Frauen den Männern anzugleichen. Oder aber man geht einen umgekehrten Weg, und nimmt die Arbeitsarrangements der Frauen zum Ausgangspunkt, um zu

überlegen, was wir daraus für eine neue Gestaltung von Arbeit und Arbeitszeit lernen können (Fraser 2002).

Das erste Modell scheint aus mehreren Gründen weder realisierbar, noch erstrebenswert. In der gegenwärtigen ökonomischen Lage, mit hoher Arbeitslosigkeit und geringem Wirtschaftswachstum, ist keine Zukunft in Sicht, in der eine Vollbeschäftigung im klassischen Verständnis für alle möglich sein wird. Es ist auch deshalb nicht realistisch, weil gerade das männliche Normalarbeitsmodell (stillschweigend) darauf basiert, dass es zu Hause einen »versorgenden Counterpart« (Sorger 2016, 120) gibt, der sich um alles kümmert. Natürlich könnte man sich für dieses Problem auch andere Lösungen überlegen – von Auslagerung bis Automatisierung ist hier sicherlich einiges denkbar – doch stellt sich generell die Frage, ob es nicht das eigentlich Ziel einer emanzipatorischen Politik sein müsste, den Zugriff auf Arbeitskraft zu beschränken, anstatt ihn auszuweiten, und Arbeit gleich auf alle zu verteilen?

VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT: EIN ALLHEILMITTEL?

In diesem Punkt setzt auch die zweite Variante an und schlägt eine allgemeine Reduktion der Arbeitszeit vor. Seit einiger Zeit ist das Instrument der Arbeitszeitverkürzung wieder zurück in die öffentliche und politische Debatte gekehrt. Es ist kein alleiniges Allheilmittel, kann jedoch unter bestimmten Rahmenbedingungen Antworten auf gesellschaftspolitische Fragen geben, die wir hier diskutieren möchten. Erstens, können wir Arbeitszeitverkürzung in einem umfassenderen Sinne als notwendige Begrenzung auf den Zugriff auf Arbeitskraft begreifen, der unter aktuellen kapitalistischen Verhältnissen keine Grenzen zu kennen scheint. Zweitens ist die Reduktion der Arbeitszeit eine Voraussetzung, um eine gerechtere Verteilung der bestehenden Arbeit zu ermöglichen.

Und das nicht nur zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, sondern eben auch zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten, Männern und Frauen, bezahlter und unbezahlter Arbeit. Aber welche Rahmenbedingungen braucht es, damit eine Verkürzung der Arbeitszeit ihr emanzipatorisches Potential entfalten kann? Notwendig sind zum einen entsprechende institutionelle Rahmenbedingungen, gleichzeitig aber auch ein Umdenken in den Köpfen, ein kultureller Wandel, der unbezahlter Arbeit den Stellenwert einräumt, der ihr gebührt und lange Erwerbsarbeitszeiten dementsprechend als problematisch einstuft.

INSTITUTIONELLE RAHMUNGEN EINER ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Im Gegensatz zur aktuell gelebten, individualisierten Arbeitszeitverkürzung, ist für eine Veränderung der Verhältnisse eine Reduktion der Arbeitszeit auf gesetzlicher Ebene notwendig. Die staatliche Reglementierung von Arbeitszeit reduziert den Verwertungsdruck, und schiebt der »Kommodifizierung« der Arbeit einen Riegel vor, um Freiheiten zu schaffen, Zeit für sich und andere zu nutzen (Risak 2016). Dieser Riegel funktioniert jedoch nur dann, wenn gleichzeitig Schlupflöcher eingedämmt werden, um Verlagerungseffekten vorzubeugen, wie beispielweise durch eine höhere Besteuerung von Überstunden oder die Begrenzung der Höchstarbeitszeiten. Eine solche Politik steht in gewisser Weise auch einem neoliberalen Zeitgeist entgegen, der einen Rückzug des Staates fordert und auf Eigenverantwortung und Wahlfreiheit setzt. Dabei wird suggeriert, dass Arbeitszeiten zwischen Beschäftigten und ArbeitgeberInnen auf gleicher Augenhöhe ausgehandelt werden könnten. Das mag in einzelnen Fällen durchaus so sein, die breite Mehrheit der Bevölkerung sieht sich aber mit strukturellen Zwängen konfrontiert (drohende Arbeitslosigkeit, begrenzte Mobilität, Kinderbetreuungspflichten etc.), die ihre Verhandlungsmacht deutlich schwächen und ihnen eine Arbeit unter Bedingungen aufnötigt, die mitunter nicht ihren Vorstellungen entspricht.

Aber nicht nur die geringere Verhandlungsmacht für einzelne Beschäftigte stellt ein Problem dar. Aus einer Geschlechterperspektive ist gerade die gesetzliche Arbeitszeitreduktion notwendig, weil das individuelle Aushandeln – in der Partnerschaft, mit den Unternehmen – dazu führt, das Geschlechterrollen in der Regel reproduziert werden. Geschlechterrollen werden nicht über eine rationale Logik bezwungen, weil es oft gerade diese Rationalität ist, die sie einzementieren. Wenn die Partnerin einen geringeren Verdienst hat, wäre es doch unlogisch und dumm, wenn der Mann länger zu Hause bleibt, oder nicht?

Wie Steffen Lehndorff (2003) es formuliert, braucht individuelle Wahlfreiheit Haltegriffe und Leitplanken, an denen sich das Individuum orientieren kann und die einen Schutz- und Orientierungsrahmen bieten. Eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung wäre eine solche Leitplanke und hätte das Potential, bestehende Ungleichheiten in der Verteilung von Arbeitszeit (zwischen Vollzeit und Teilzeitbeschäftigten und damit zwischen Männern und Frauen auszugleichen)

und könnte – weil es auf der Ebene der formalen Vorgaben operiert geschlechterspezifische Berufs und Arbeitsverteilungsarrangements, zumindest ein Stück weit aufbrechen.

Begleitend mit einer gesetzlichen Reduktion der Arbeitszeit ist es darüber hinaus notwendig, entsprechende Maßnahmen zu setzen, um negative Effekte abzufedern. Eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit darf daher insbesondere für die unteren Einkommenschichten in keinem Fall mit Gehalts- und Lohneinbußen, oder Benachteiligungen in der sozialen Absicherung, verbunden sein. Aus heutiger Sicht ist die sozialrechtliche Benachteiligung derer, die jetzt die Reproduktionsarbeit leisten, nämlich der teilzeitbeschäftigten Frauen, ebenfalls kritisch zu hinterfragen. Eine Reduktion der Stigmatisierung und Benachteiligung von Teilzeit könnte dann eventuell auch bei den Männern zu höherer Akzeptanz gegenüber kürzeren Arbeitszeiten beitragen.

EINE NEUE ARBEITSZEITKULTUR

Gleichzeitig ist es wichtig, sich keine Illusionen über die Reichweite einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung zu machen. Sie kann Vieles, aber nicht Alles lösen. Zunächst schon alleine deshalb, weil die Einführung der 30-Stunden-Woche nicht automatisch dazu führen wird, dass sich die Rollenbilder in den Köpfen verändern und Männer die Hausarbeit nun für sich entdecken. Wie Studien aus Frankreich zeigen, hat die Arbeitszeitverkürzung zwar dazu geführt, dass mehr Frauen Vollzeit arbeiten, aber kaum etwas an der Verteilung der Arbeitsteilung im Haushalt geändert (Fagan u. a. 2012, 10). In einem worst-case Szenario könnte eine Arbeitszeitverkürzung dazu führen, dass die so gewonnene erwerbsarbeitsfreie Zeit von Frauen mit unbezahlter Arbeit befüllt würde, anstatt mehr freie Zeit für sich selbst zu gewinnen. In dieser Hinsicht kommt auch der Politik eine wichtige Rolle zu. Eine Vereinbarungspolitik, die in erster Linie Frauen adressiert, trägt mitunter dazu bei Geschlechterrollen zu verfestigen, anstatt Männer für die Sache zu gewinnen. Ein erster Schritt eines kulturellen Wandels hin zu geschlechtergerechten Arbeitszeiten wäre ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass unbezahlte Arbeit eine Notwendigkeit ist und sie dementsprechend aufzuwerten. Zudem wäre es wichtig, dass die Arbeitszeit ihre dominante Stellung als Indikator für Leistung im Erwerbsleben verliert und es keine Nachteile für die Karriere hat, wenn sich Männer der Sorgearbeit widmen. Eine Aufwertung der Reproduktionsarbeit und dementsprechend

positive Bewertung kürzerer Arbeitszeiten würde kürzere Arbeitszeiten dann auch für Männer attraktiver machen. Vor allem von Unternehmensseite wird Kinderbetreuung noch oft als fehlendes berufliches Engagement interpretiert, auch wenn viele Männer mittlerweile einen Teil der Reproduktionsarbeit übernehmen möchten.


Zweitens, greifen gesetzliche Regulierungen heute in vielen Arbeitsbereichen nur mehr bedingt. Der Kapitalismus bedient sich neuer Verwertungsstrategien, die auf das Innerste der Menschen abzielen.

In dem in den Betrieben auf Eigenverantwortung und Teamarbeit gesetzt wird, erhalten Beschäftigte zwar mehr Spielräume, gleichzeitig wird damit auch die Verantwortung für das Gelingen des Projekts an sie delegiert. Die Logik hinter diesen Managementstrategien liegt darin, die Eigenmotivation und Kreativität der Beschäftigten strategisch zu nutzen, um die Produktivität zu steigern (Boltanski und Chiapello 2005; Bröckling 2007). Wenn Unternehmen nur mehr lose Zielvorgaben aufstellen und den Beschäftigten selbst die Verantwortung für die korrekte Bearbeitung und rechtzeitige Fertigstellung überlassen, frei nach dem Motto »Wie Sie die Arbeit machen ist uns egal – Hauptsache das Ergebnis stimmt!« (Pongratz und Voß 2004, 24), verlieren auch Strukturen der Arbeitszeitregulierung ihre Bedeutung. Aber auch technologische Entwicklungen befördern einen Zugriff auf Beschäftigte rund um die Uhr. Diese Entwicklung hat für alle Beschäftigten negative Konsequenzen, wie steigende Zahlen psychischer Erkrankungen zeigen. Burnout wird etwa als Symptom der vorherrschenden Wettbewerbsgesellschaft betrachtet (Neckel und Wagner 2013). Gerade deshalb ist es heute notwendig der alles durchringenden und bestimmenden Vermarktlichung etwas entgegenzusetzen. Arbeitszeitverkürzung und damit Schaffung von nicht-kommodifizierten Zeiten, ist ein möglicher Ansatzpunkt.

3. Arbeitszeitpolitik im Sinne eines guten Lebens für alle

Staatliche Arbeitszeitpolitik, die sich im Sinne einer emanzipatorischen Entwicklung der Gesellschaft begreift, kann Impulse setzen, die dazu führen, dass neue soziale Normen etabliert werden. Im Idealfall bewirkt Arbeitszeitverkürzung, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit gleicher verteilt wird und dass – sowohl für Männer als auch Frauen – neue Freiräume jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik entstehen. Anregungen dafür finden wir bei Frigga Haug (2008)

in ihrer idealtypischen, feministischen Konzeption einer egalitären Gesellschaft, die neben den Bereichen Produktion und Reproduktion noch Kultur und Politik als zentrale, gleichberechtigte Tätigkeitsfelder berücksichtigt. Das Projekt einer gerechteren Gesellschaft kann aber nur gelingen, wenn diese Maßnahmen von einem entsprechenden Kulturwandel begleitet sind.

Dieser müsste darauf abzielen, die bisher als positiv bewerteten und belohnten langen Arbeitszeiten als das zu betrachten, was sie in der Realität oftmals sind, nämlich Katalysator für Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten, als eine Arbeitsplatzvernichtung, als gefährlich für die Gesundheit und als Druck für diejenigen, die diese langen Arbeitszeiten etwa aufgrund fortgeschrittenen Alters oder von Betreuungspflichten nicht erfüllen können (oder wollen). Auf der anderen Seite sollten kürzere Arbeitszeiten, die Beteiligung von Männern an Sorgearbeit, die gleiche Verteilung von Arbeitszeit in Paarkonstellation positiv bewertet werden. In diesem Sinn muss auch Nancy Frasers Forderung, dass Männer in stärkerem Maße so werden sollten, wie Frauen heute schon sind, verstanden werden. Damit ist nicht gemeint, dass auch sie in prekären Verhältnissen arbeiten sollen, sondern, dass ohne eine Aufteilung der unbezahlten Arbeit im Zuge einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung Geschlechtergerechtigkeit schwer möglich ist. In diesem Sinne ist es höchste Zeit für eine Renaissance der Arbeitszeitpolitik. 

LITERATUR

Bergmann, Nadja, Lisa Danzer, und Susanne Schmatz. 2014. »Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung – betriebliche Rahmenbedingungen aus Sicht berufstätiger Eltern«. Wien: L&R Sozialforschung. | **Boltanski, Luc, und Ève Chiapello.** 2005. *The New Spirit of Capitalism*. London: Verso. | **Bröckling, Ulrich.** 2007. *Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a. M. | **Eichmann, Hubert, und Bernhard Sauepe.** 2014. *Überblick über Arbeitsbedingungen in Österreich. Follow-up-Studie. Sozialpolitische Studienreihe 15*. Wien: ÖGB Verlag. | **Fagan, Colette, Claire Lyonette, Mark Smith, und Abril Saldaña-Tejeda.** 2012. »The influence of working time arrangements on work-life integration or 'balance': A review of the international evidence«. *Conditions of Work and Employment Series 32*. Geneva: ILO. | **Fraser, Nancy.** 2002. »After the Family Wage: A Postindustrial Thought Experiment«. In *Gender Struggles: Practical Approaches to Contemporary Feminism*, herausgegeben von Constance L. Mui und Julien S. Murphy, 69–94. Maryland: Rowman & Littlefield. | **Haug, Frigga.** 2008. *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*. Hamburg: Argument. | **Lehndorff, Steffen.** 2003. »The long good-bye? Tarifvertragliche Arbeitszeitregulierung und gesellschaftlicher Arbeitszeitstandard«. *Industrielle Beziehungen/The German Journal of Industrial Relations*, 273–295. | **Neckel, Sighard, und Greta Wagner.** 2013. *Leistung und Erschöpfung: Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Suhrkamp Verlag. | **Pongratz, Hans J., und G. Günter Voß.** 2004. *Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen*. Herausgegeben von Hans-Böckler-Stiftung. 2. Aufl. Berlin: Edition Sigma. | **Risak, Martin.** 2016. »Emanzipatorische Aspekte der Arbeitszeitregulierung«. *Momentum Quarterly* 5 (2): 75–87. | **Scambor, Elli, Katarzyna Wojnicka, und Nadja Bergmann.** 2013. »The role of men in gender equality«. *Study on the Role of Men in Gender Equality*. Prepared for the European Commission. Luxembourg. | **Statistik Austria.** 2009. »Zeitverwendung 2008/09. Ein Überblick über geschlechtsspezifische Unterschiede«. Wien: Statistik Austria.

CARINA ALTREITER

ist Soziologin, forscht an der Universität Wien zu den Themen Arbeit und Beschäftigung, soziale Ungleichheit und sozialer Wandel.

FRANZ ASTLEITHNER

ist Soziologe, forscht an der Universität Wien zu den Themen Arbeitszeit, soziale Ungleichheit und ethnische Ökonomien.



RACHEL ROSE

Palisades in Palisades, 2014 HD-Video, ca. 10 Minuten, Filmstill

Courtesy of the artist, Pilar Corrias Galerie, London und Gavin Brown's enterprise, New York

© Rachel Rose

Staat oder Markt?

Bundeskanzler Kern hat gleich in der Antrittsrede mit der Geschichte des Apple iPhones eine längst überfällige Diskussion angestoßen: Die Debatte über eine neue Rolle des Staates in der Ökonomie. Josef Falkinger versucht in diesem Beitrag, diese Gedanken für programmatische Überlegungen für die wirtschaftspolitische Ausrichtung der SPÖ nutzbar zu machen.

Noch 1958 fand sich im Parteiprogramm der SPÖ die Forderung nach einer zentral geplanten Wirtschaft. Die Frage »Staat oder Markt?« hätten bis Anfang der 1980er-Jahre die meisten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit einem herzhaften »Staat« beantwortet.

Nach 1945 war allgemein in der westlichen Welt die Meinung vorherrschend, dass die liberale Marktwirtschaft wie in der Zwischenkriegszeit zu dramatischen Finanz- und Wirtschaftskrisen, autoritären politischen Systemen und Kriegen führen müsse. Staatliche Mechanismen der Wirtschaftslenkung, starke staatliche Eingriffe in Kapitalverkehr, Preisbildung und Investitionen gehörten zum wirtschaftspolitischen Mainstream in allen westlichen Staaten inklusive der USA. (Vgl SHONFIELD; 1968) Noch im Parteiprogramm 1978 heißt es:

Sozialistische Wirtschaftspolitik beschränkt sich nicht darauf, Fehlentwicklungen der Marktwirtschaft jeweils im Nachhinein zu korrigieren. Wo Produktions- und Investitionsentscheidungen vor allem am erwarteten Gewinn ausgerichtet sind, werden immer wieder Arbeitslosigkeit, Inflation und Stagnation auftreten. Sozialistische Wirtschaftspolitik sieht im Markt keinen Wert an sich, sondern ein Organisationsprinzip, das neben anderen Steuerungsformen der Wirtschaft gesellschaftlich bestimmte Aufgaben erfüllen kann. Die Alternative, vor die sich jede Wirtschaftspolitik gestellt sieht, heißt: Freiheit vernichtende und Regionen verödende Wirtschaftskrisen oder eine demokratisch planende Gesellschaft.«

In den 1980er-Jahren kam es ausgehend von den USA und Großbritannien zu einer grundlegenden wirtschaftspolitischen Wende. Dem Markt wurde auch in Österreich mehr und

mehr das nahezu unbedingte Primat über die Organisation der Wirtschaft zugesprochen. Das Parteiprogramm von 1998 ist in seinem Wirtschaftsteil Ausdruck einer Geisteshaltung, die man als Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz bezeichnen könnte. (Vgl KAPPELLER; 2009 und FALKINGER; 2014b)

UMDENKEN

Spätestens seit 2008 wissen wir, dass die Marktgläubigkeit der 1990er-Jahre die Sozialdemokratie europaweit in eine existenzielle Krise geführt hat. Dem Heilsversprechen vom steigenden Wohlstand durch die bloße Kraft offener Märkte stehen heute sinkende Reallöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter, Massenarbeitslosigkeit, steigende Armutsgefährdung, milliardenschweren Rettungspakete für die Banken und öffentliche Rekordverschuldung gegenüber. Doch wie kann das Verhältnis von Staat und Markt neu geordnet werden?

Für gewöhnlich dreht sich die wirtschaftspolitische Diskussion in Arbeiterkammer, Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Linken vor allem um die Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Einerseits geht es zumeist um Steuergerechtigkeit, andererseits um die Anhebung der effektiven Nachfrage durch öffentliche Investitionen und höhere Masseneinkommen. Der teils rapide Rückgang der Industrie in Europa hat aber bereits seit 2008 eine neue, längst vergessen geglaubte Thematik zurück auf die Tagesordnung gebracht: Die Thematik der Industriepolitik. Dabei geht es um die Frage, welche Rolle der öffentliche Sektor im Produktions- und Innovationsprozess selbst spielen soll. Was ist die Aufgabe des Staates, wenn es darum geht, den Reichtum zu produzieren, den wir verteilen wollen, wenn es darum geht, technologisch im internationalen Spitzenfeld zu

bleiben? Wie können wir die wirtschaftliche Entwicklung auf die wirklich wichtigen Ziele lenken, Ziele wie ökologische Nachhaltigkeit und das Wohlbefinden der Menschen?

WER IST DER »BESSERE WIRTSCHAFTER?«

»Der Staat kann nicht wirtschaften!«, »Der Markt ist einfach der bessere Wirtschaftler!«; so bilanzierte der Stammtisch Ende der 1980er-Jahre und in den 90ern die Korruptionsskandale der verstaatlichten Industrie und den Zusammenbruch des Ostblocks. Mit der Finanzkrise beginnt sich der Wind zu drehen. In Wirklichkeit ist weder »der Staat«, noch »der Markt« grundsätzlich der bessere Wirtschaftler. Bei beiden Vorstellungen – daher die Anführungszeichen – handelt es sich um doktrinäre Abstraktionen. Zum einen gibt es Bereiche, die Märkte besser regeln können und Bereiche, die besser im öffentlichen Eigentum geführt werden.

Zum anderen ist Markt nicht gleich Markt und Staat nicht gleich Staat. Sowohl im Fall von Märkten, also auch bei staatlichen Einrichtungen ist die konkrete institutionelle Ausgestaltung entscheidend. Mit dem Verweis auf den vergifteten Baikalsee oder auf die Spekulationen der Intertrading, öffentliche Unternehmungen an sich in Frage zu stellen ist genauso unsinnig wie mit dem Verweis auf Kinderarbeit in Indien Märkte an sich abschaffen zu wollen. Schlussendlich – und das ist der entscheidende Punkt – kommt es letztlich auf die Art und Weise an, wie Staat und Markt in der Organisation der Volkswirtschaft zusammenwirken – auf die Frage, wie wirtschaftspolitische Lenkungsmechanismen auf der einen Seite und Marktmechanismen auf der anderen Seite im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt ineinandergreifen.

Ich möchte diese allgemeine Skizze im Folgenden präzisieren. In einem ersten Schritt beginne ich mit der ökonomischen Theorie des Marktversagens. In einem zweiten Schritt stelle ich der gelebten wirtschaftspolitischen Praxis einen neuen Gegenentwurf gegenüber: Die Sichtweise des Staates als langfristig orientierter Unternehmer und primärer Investor. Schlussendlich gehe ich auf verschiedene Aspekte einer neuen Industrie- und Innovationspolitik ein.

EXTERNALITÄTEN

Wir alle kennen die wirtschaftsliberale Doktrin, dass das Verfolgen des maximalen ökonomischen Nutzens durch den Einzelnen auch zum maximalen ökonomischen Nutzen für die Gesellschaft führt. Anders als in der popularisierten

Darstellung wussten die bedeutenderen Theoretiker der neoklassischen Theorie wie Alfred Marshall und Arthur Cecil Pigou bereits im 19. Jahrhundert, dass diese Hypothese nicht immer gilt, und sprachen in solchen Fällen von Marktversagen.

Sokönnen bestimmte Entscheidungen eines privaten Akteurs für diesen profitabel sein, der Gesellschaft im Ganzen aber große Kosten aufbürden. Es handelt sich dabei um volkswirtschaftliche Kosten, die der Markt nicht oder nur unvollständig einpreist. Die volkswirtschaftliche Theorie des öffentlichen Sektors spricht von negativen Externalitäten. (Vgl. STIEGLITZ; 2000) Beispiele sind Umweltschäden, Gesundheitsschäden der Beschäftigten oder Arbeitslosigkeit. Auch die Instabilität des Finanzsystems kann als negativer externer Effekt der ausschließlich auf die eigene Rendite ausgerichteten Geschäfte großer Finanzakteure gesehen werden.

Umgekehrt können gewisse ökonomische Investitionen, der Volkswirtschaft großen Nutzen bringen, rentieren sich aber für den einzelnen privaten Investor nicht oder nicht im gleichen Ausmaß. Beispiele sind Infrastrukturinvestitionen, wie Wasserleitungen, Eisenbahnnetze, Straßen, Stromversorgung, Informations- und Kommunikationsnetze, Bildung oder medizinische Grundversorgung. Auch ein nachhaltig operierendes, der Realwirtschaft dienendes Bankensystem ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Es handelt sich dabei um sogenannte positive Externalitäten, also um Nutzen, der nicht oder nur unvollständig eingepreist werden kann. Gibt es positive oder negative Externalitäten, stellt sich die Frage nach wirtschaftspolitischer Intervention, um den gesamtgesellschaftlichen Nutzen zu optimieren.

ÖFFENTLICHE GÜTER UND TECHNISCHE MONOPOLE

Ein Schlüsselfaktor der modernen Wirtschaft ist die Forschung. Volkswirtschaftlich ist es sinnvoll Forschungsergebnisse der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Die Vervielfältigung kostet nichts und ist unbeschränkt möglich. Für den einzelnen privaten Investor nimmt der Wert des Forschungsergebnisses jedoch ab, wenn andere davon erfahren. Die ökonomische Theorie spricht von einem öffentlichen Gut und ist sich einig, dass Forschung nicht dem Markt alleine überlassen werden kann.

Bereits Alfred Marshall und Arthur Pigou wussten, dass die Hypothese des vollkommenen Wettbewerbes nicht aufrecht zu halten ist, wenn es steigende Skalenerträge gibt. In Wirtschaftsbereichen, in denen nur sehr große Anbieter

profitabel operieren können, käme es nämlich aus technischen Gründen zu einer Tendenz zur Marktbeherrschung. Solche technischen Monopole oder Oligopole können aus zwei Gründen zu Problemen führen. Erstens können sie die Märkte zu ihren Gunsten und zum Schaden der Allgemeinheit beeinflussen. Zweitens erreichen sie Systemrelevanz mit der sie den Gesetzgeber erpressen können (Stichwort: »Too Big to Fail«). Im Fall von technischen Monopolen wie Eisenbahngesellschaften ist die Aufspaltung kein gangbarer Weg: Selbst wirtschaftsliberale Theoretiker wie Joseph Schumpeter empfahlen in diesem Fall die Überführung in öffentliches Eigentum. (SCHUMPETER, 1950) Aus dem gleichen Grund hielt Schumpeter auch das britische Bankensystem reif für die Vergesellschaftung.

DIE GELEBTE WIRTSCHAFTSLIBERALE PRAXIS

Seit 1929 ist es auch im ökonomischen Mainstream anerkannt, dass sich der Staat nicht gänzlich aus der Wirtschaft zurückziehen kann. Es hat sich mehr oder weniger die Devise durchgesetzt: So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie unbedingt nötig. So tritt auch der ökonomische Mainstream seit 1929 für die Rettung systemrelevanter Banken ein. Milton Friedman forderte für bestimmte ökonomische Lagen sogar, dass die Zentralbank den Bürgern Geld aufs Bankkonto überweist (= Helicopter Money). Seit den 1980er-Jahren stiegen die staatlichen Subventionen für Unternehmen kontinuierlich, besonders stark stiegen die Subventionen und Steuererleichterungen für Leistungen der Forschung und Entwicklung.

Paradoxerweise explodierten die Staatsausgaben und Staatsschulden nie so stark wie in der Ära des Neoliberalismus – während die Regierenden wie nie zuvor das Sparen und den schlanken Staat gepredigt haben. Die Geldspritzen zur Rettung der Finanzmärkte 2008 sind beispiellos. Diese neoliberale Spielart des Staatsinterventionismus ist durch zwei Eigenschaften geprägt: Zum einen wird der Staat immer dann angerufen, wenn die Misere bereits da ist und es gilt, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Zum anderen sollen die Kosten vom Steuerzahler getragen werden. Neoliberaler Staatsinterventionismus bedeutet, Sozialisierung der Kosten, Privatisierung der Gewinne, oder in den Worten von Gore Vidal: Socialism for the rich – capitalism for the poor.

EIN GEGENENTWURF

In ihrem Bestseller *Das Kapital des Staates* (engl.: *the entrepreneurial state*) schlägt die Ökonomin Mariana

Mazzucato eine völlig andere Annäherung an die Frage des Verhältnisses Staat/Markt vor. Das Konzept des Marktversagens beruht nach ihr auf der Sichtweise, dass der Markt das innovative und dynamische Element in der Wirtschaft sei, der Staat dagegen das träge Element, welches lediglich als Mechaniker ins Spiel kommt, wenn der Motor gerade kaputt ist. Diese Sichtweise führe dazu, dass der Staat erst eingreift, wenn die Kosten der Gesellschaft bereits entstanden sind und dass der Staat nicht eingreift, wenn ein Eingreifen der Gesellschaft von großem Nutzen sein könnte (positive Externalitäten).

Das Bild vom innovativen, dynamischen Markt und vom trägen Staat stimmt zudem nicht mit der Realität wirtschaftlicher Entwicklung überein. Mazzucato weist an Hand einer ganzen Reihe von Beispielen (I-Phone, Internet, Biotechnologie, Nanotechnologie, Tesla, Medikamente,...) nach, dass der Staat in der Innovation neuer Technologien aber auch in der Kreation neuer Märkte tatsächlich die primäre und visionäre Rolle spielt. Privates Unternehmertum kommt erst dann ins Spiel, wenn ein Produkt kurz vor der Marktreife ist und die Risiken überschaubar sind. Am bekanntesten ist die Geschichte vom iPhone (MAZZUCATO, S 93): Die darin verpackten Technologien sind allesamt in staatlichen Forschungsprojekten entwickelt worden. Die Leistung des Unternehmers Steve Jobs war es dann, diese Technologien zu einem kommerzialisierbaren Produkt zusammenzufügen. Eindrucksvoll ist auch das Beispiel der Pharmaindustrie: Die wirklich neuen Medikamente werden zumeist in öffentlichen Health Centers entwickelt, während sich die private Pharmaindustrie trotz massiver Subventionierung hauptsächlich auf die Ableitung neuer Produkte aus bereits bestehenden Medikamenten konzentriert. (MAZZUCATO (2014, S 70)

Bei allen grundlegenden Innovationen der letzten Jahrzehnte lag das Hauptrisiko bei der öffentlichen Hand, welche auch als erste Visionärin und erste Auftraggeberin auftrat. Vielfach muss der Staat zudem einer Innovation mit gesetzlichen Rahmenbedingungen oder mit dem Aufbau einer nötigen Infrastruktur zum Durchbruch verhelfen.

DER STAAT ALS VISIONÄRER INVESTOR

Für die Fülle an Beispielen für die Gültigkeit von Mazzucatos Thesen gibt es vor allem drei Gründe. Zum einen erfordern große technologische Revolutionen oft ein Ausmaß an Kapital und Risikobereitschaft, die privates Unternehmertum nicht aufbringen kann. Zweitens ist bei großen technologischen Revolutionen die Zeitdauer bis sich die Investition rentiert zu

lange, um für privates Unternehmertum tragbar zu sein. Im Zeitalter des Share Holder Value gilt dies mehr als je zuvor. Drittens und noch grundlegender hat der österreichisch-britische Ökonom Karl Polanyi in seinem Buch »The Great Transformation« ausführlich dargelegt, dass Märkte sich nicht aus sich selbst heraus entwickeln. Es bedarf in den meisten Fällen bereits einer ziemlich umfangreichen staatlichen Intervention, um einen bestimmten Markt überhaupt zu schaffen. Mazzucato will dabei keineswegs eine neue Theorie der Planwirtschaft aufstellen.

Märkte spielen in ihrem Modell der gelenkten Innovation eine wichtige Rolle. Sie kommen nämlich ins Spiel, wenn es darum geht, die neuen Erkenntnisse in konkrete neue Produkte zu gießen. In den zentralen Planungssystemen des Ostblocks funktionierte genau dieser Übergang von der Forschung zur Kommerzialisierung sehr schlecht und die gute Grundlagenforschung verpuffte oft in Konsumgütern von schlechter Qualität.

Mazzucato geht es aber auch nicht um eine neue Form der Subvention privater Profite durch öffentliche Gelder. Mit Hilfe einer lückenloseren und stärkeren Besteuerung ausgeschütteter Gewinne und Dividenden aber auch mit staatlichem Beteiligungskapital an geförderten Unternehmen sollen Rückflüsse an den Investor Staat sichergestellt werden. Mazzucato ortet überdies viel Einsparungspotential in der aktuellen Innovationspolitik.

DER INSTITUTIONELLE RAHMEN

Die konkrete Ausgestaltung eines innovativen Netzwerkes à la Mazzucato hängt von der Situation eines Landes ab. Ein erfolgreiches Netzwerk hat jedoch folgende Voraussetzungen: Erstens eine öffentliche Institution, die das Innovations-System koordiniert und Schwerpunkte setzt: Welche Technologien bilden den Schwerpunkt der industriellen Entwicklung? Gibt es eine gemeinsame Exportstrategie? Welche Maßnahmen braucht es, um für die Technologie einen starken Binnenmarkt aufzubauen? (Stichwort innovationsfördernde Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand). Diese öffentliche Institution kann beispielsweise ein Industrieministerium sein. Zweitens braucht es irgendeine Form von öffentlichem Kreditsystem, um das Kapital in die Bereiche des Systems zu lenken, die die höchste Hebelwirkung entfalten. Nur der öffentliche Kredit kann die nötige Risikobereitschaft und den langen Atem für langfristige und strategische Investitionen aufbringen. Mazzucato nennt als Beispiel die deutsche

Kreditanstalt für Wiederaufbau, für die USA das Small Business Innovation Research Programm (SBIR) und die Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA), ferner die Bank of Japan, die japanischen staatlichen Postsparkassen und für China das öffentliche Bankensystem. Für Österreich wäre als Investitionsbank des Bundes das Austria Wirtschaftsservice ein Beispiel. Die dritte institutionelle Säule des innovativen Systems ist exzellente staatliche Forschung in Universitäten und staatlichen Forschungsinstituten wie beispielsweise das Fraunhofer-Institut in Deutschland und die National Institutes of Health in den USA.

FINANZMÄRKTE UND INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG

Dem öffentlichen Kredit kommt in der industriellen Entwicklung einer Wirtschaft eine ganz entscheidende Rolle zu. Laut dem britischen Ökonomen John Kay sind 2/3 aller mittelständischen Weltmarktführer (Hidden Champions) in Deutschland, Österreich und der Schweiz ansässig. Kay sieht das dort jahrzehntelang vorherrschende System öffentlicher Sparkassen, Landesbanken, und Genossenschaftsbanken und somit eine finanzielle Ressource mit langem Atem und strategischem Blick im gesamtgesellschaftlichen Sinn als Hauptursache.

Die öffentlichen Banken spielten in den meisten europäischen Ländern eine massive Rolle in den Wachstumsphasen der 1950er- und 1960er-Jahren (SHONFIELD, 1968), aber auch im Japanischen Wirtschaftswunder (JOHNSON, 1982), im Aufstieg der Asiatischen Tigerstaaten Korea und Taiwan (WADE, 1990) und Chinas. Laut neoliberaler Wirtschaftsdoktrin sind liberalisierte Finanzmärkte das optimale Instrument, um das Kapital der Anleger in die innovativsten Bereiche der Volkswirtschaft zu lenken. Leider zeitigte die Deregulierung der Finanzmärkte gerade den gegenteiligen Effekt: Die Produktivitätszuwächse nahmen ab. Der Investitionshorizont der Unternehmungen begann sich zu verkürzen und der Shareholder Value verstellte zunehmend die Sicht auf strategische Investitionen.

Für Klein- und Mittelbetriebe ist es schwer an Kredite zu kommen, für Start-Ups unmöglich. Große Betriebe stecken ihr Geld lieber in die Kurspflege ihrer Aktien anstatt in neue Technologien. (KAY, 2015, S 195ff) Der deregulierte Finanzmarkt führte nicht zu optimaler Kapitalallokation, sondern zu Fehlallokationen, Wirtschaftskrisen und Spekulationsblasen wie sie der gelenkte Kapitalismus der

1960er-Jahre nicht kannte. Auch die Stagnationsphase der Wirtschaft nach 2008 ist ein Resultat fehlender realwirtschaftlicher Orientierung der Finanzmärkte, die von den Industriebetrieben lieber Gewinnausschüttungen sehen als langfristige Realinvestitionen. Das Rückgrat einer erfolgreichen Industriepolitik ist daher ein starkes öffentliches Kreditsystem.

WIRTSCHAFTSWACHSTUM BRAUCHT ORIENTIERUNG

Sozialdemokratische wirtschaftspolitische Konzepte von aktiver Industriepolitik bis zur keynesianischen Investitionspolitik sind stark auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet. Wachstumspolitik ist als Gegenpol zur neoklassischen Austeritätspolitik zum Inbegriff sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik geworden. Gleichzeitig stellen heute mehr und mehr Menschen das Konzept des Wirtschaftswachstums an sich in Frage. Wirtschaftswachstum gilt vielen als Wesensmerkmal eines sinnentleerten Konsum- und profitbesessenen Kapitalismus, der zudem Raubbau an der Umwelt betreibt. Dabei müssen Wirtschaftswachstum und der Wunsch nach einer Neuausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung auf ein gutes Leben und ökologische Nachhaltigkeit kein Widerspruch sein.

Die neoliberale Wirtschaftsdoktrin geht davon aus, dass die Menschen durch die Veränderung ihres Konsumverhaltens automatisch die Wirtschaft nach ihren Bedürfnissen ausrichten und dazu notwendige Innovationsprozesse auslösen. Diese These scheitert aber bereits daran, dass Konsumentinnen und Konsumenten keine Nachfrage für Güter signalisieren können, die es überhaupt noch gar nicht gibt. Große technologische Revolutionen wie beispielsweise der Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter, brauchen Investitionen, die private Unternehmer gar nicht bewältigen können. Niemand anders als Bill Gates wies unlängst in einem aufsehenden Interview darauf hin, dass neue Methoden der Energiegewinnung, -speicherung und -versorgung erst nach ungefähr 20 Jahren Renditen bringen würden. Er kommt zum Schluss, dass nur der Staat eine grüne Revolution in Gang setzen kann.

Soll die wirtschaftliche Entwicklung den menschlichen Bedürfnissen dienen, braucht es aktive Industrie- und Innovationspolitik. und große Projekte wie den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter. Gibt die Politik keine großen nachhaltigen Projekte vor, wird es auch kein nennenswertes von allen mitgetragenes Wachstum mehr geben. Begriffe

wie Wirtschaftswachstum, Modernisierung werden dann im Auge der großen Mehrheit nicht mehr mit Chancen und Wohlstand assoziiert wie in den 1960er-Jahren, sondern mit Stress, steigender Ungleichheit und Zurückbleiben – einer bedrohlichen Szenerie.

AM BEISPIEL UMWELTECHNOLOGIE

Zwischen Umwelt- und Wirtschaftspolitik muss es keinen Zielkonflikt geben. Wer immer die Energiewende als erstes schafft, wird dadurch große Vorteile am Weltmarkt erzielen. 2014 investierte China mit 80 Mrd. Dollar mehr in grüne Energie als die EU und die USA zusammen. (GREY, 2015) Chinesische Windenergie versorgte 2014 bereits 110 Millionen Häuser mit Strom, und übertrifft den Output aller Atomkraftwerke der USA zusammen. 2014 gelang es erstmals die CO²-Emissionen Chinas um 1 % Punkt zu senken.

Der chinesische Staat unternimmt zudem enorme Anstrengungen, um Weltmarktführer bei Elektroautos und Akkutechnologie zu werden. Bereits jetzt wird jedes E-Auto in China mit 8000 Euro unterstützt. In Peking werden Zulassungen für Benzinautos nur noch monatlich verlost, wobei nur jeder siebenhundertste Bewerber erfolgreich ist. Für E-Autos bekommt man die Zulassung umgehend. Ab 2018 muss jeder Autohersteller in China 8 % Elektroautos bauen. (SZ: 30.10.2016) Die Quote wird jährlich angehoben. Laut Branchenexperten bedeutet diese Quote für westliche Konzerne in China großen Stress, weil sie jetzt enorme Investitionen tätigen müssten. Genau das gefällt den privaten Autobauern nicht, die das Gros des Betriebsüberschusses für Ausschüttungen verwenden wollen.

Dabei könnte die Methode, den Shareholder Value über die langfristigen strategischen Chancen der Branche zu stellen, der Autoindustrie noch auf den Kopf fallen. Bei VW war es interessanterweise der Betriebsrat, der sich jahrelang vergeblich für den Bau eines Akku-Werkes einsetzte, während die Kapitalvertreter blockierten. Jetzt soll das Werk in Salzgitter gebaut werden – eine längst überfällige Reaktion auf die chinesische Innovationspolitik. (DIE ZEIT, 27.05.2016)

WAS IST, WENN DIE INDUSTRIE NICHT WILL?

Kann eine am Leitbild des unternehmerischen Staates orientierte Industriepolitik auch in Österreich funktionieren? Die wohl entscheidende Frage ist, ob die großen Leitbetriebe ein Interesse daran haben, mit der Politik und den Sozialpartnern eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Die

meisten österreichischen Leitbetriebe sind in einer Nische Weltmarktführer oder zumindest unter den Global Champions. Sie sind nicht ersetzbar wie eine Bäckerei und zumindest in der Region systemrelevant. Betriebe wie die VOEST nutzen diese relative Systemrelevanz, um Druck zu machen, drohen immer wieder mit Verlagerung der Produktion ins Ausland, um niedrigere Löhne und Umweltstandards durchzusetzen. Wie das Beispiel des neuen VOEST-Werkes in Corpus Christi/Texas zeigt, sind das nicht immer leere Drohungen. (FALKINGER, 2014)

Ist unter diesen Bedingungen überhaupt eine Industriepolitik möglich, die versucht auch große Player in eine langfristige, volkswirtschaftlich orientierte Strategie einzubetten? Auch die Industrie würde von den Anstrengungen der Industriepolitik, beispielsweise exzellenter öffentlicher Forschungsinstitute profitieren. Aber wäre sie auch bereit die Gesellschaft an den Gewinnen zu beteiligen? Kann die Industrie in Zeiten des Shareholder Values überhaupt noch langfristig denken? Oder droht nicht bei einem Verfall der kurzfristigen Rendite zugunsten langfristiger Investitionen die feindliche Übernahme?

Genauso eine feindliche Übernahme würde auch der VOEST drohen, wenn der Kernaktionär Raiffeisenbank aussteigt. Die Raiffeisenbank selbst sagt, dass sie Industriebeteiligungen abstoßen möchte. In Deutschland wurde 2016 das weltweit führende Industrierobotik Unternehmen KUGA von chinesischen Investoren übernommen – ebenso wie der Maschinenbauer Krauss Maffei. (FAZ, 27.12.2016) In Österreich wurde die Telekom vom mexikanischen Multimilliardär Carlos Slim übernommen, die ehemalige Chemie Linz von Borealis, die VAI von Mitsubishi und die VA Tech von Siemens. Zahlreiche Großunternehmen wie Magna oder BMW haben ausländische Eigentümer. Ist in so einer Umgebung Industriepolitik überhaupt möglich?

ÖFFENTLICHES BETEILIGUNGSKAPITAL UND MITBESTIMMUNG

Meines Erachtens sollte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wieder anstreben, in Schlüsselbetrieben öffentliches Beteiligungskapital zu erwerben. Auf Grund ihrer strategischen Rolle im Innovations- und Investitionssystem sollten diese nicht dem Prinzip des Shareholder Value überlassen werden. Systemrelevante Betriebe können der österreichischen Wirtschaft empfindlichen Schaden zufügen, wenn sie die Produktion ins Ausland verlagern oder in die Hände eines

ausländischen Investors fallen. Öffentliches Beteiligungskapital spielt bereits jetzt eine enorme Rolle in der Wirtschaft: Aber in Form arabischer Staatsfonds und chinesischer Investoren. China ließ sich beim Kauf des deutschen Roboterherstellers KUGA von strategischen Interessen leiten, analysiert Kai Lucks, Vorsitzender beim deutschen Bundesverband Mergers und Acquisitions. Das chinesische Ministerium für Industrie und Informationstechnologie arbeitet mit Hilfe halbstaatlicher Unternehmen und der Chinesischen Staatsbank daran, bis 2050 in allen technologischen Sparten Weltmarktführer zu werden. (FAZ; 27.12.2016)

Verfolgt auch der Staatsfonds der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) strategische Interessen mit seinem Unternehmen Borealis? Möchte er ein europäisches Vertriebsnetz aufkaufen, um am Ende die Produktion in die VAE zu verlagern? Carlos Slim benutzt die Telekom als Sprungbrett nach Osteuropa. Und Monopolisten wie der Indexfonds BlackRock unterwerfen sich ganze Industriezweige. (FAZ: 4.10.2016) Warum soll es schändlich sein, wenn die Republik Österreich beginnt, strategische Interessen im Dienste der Menschen zu verfolgen?

Neben öffentlichem Beteiligungskapital wäre auch der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung ein Instrument, um das Innovations- und Investitionsverhalten großer Betriebe an strategischen Zielen statt an kurzfristigem Profit zu orientieren. Wenn Unternehmen auf kurzfristige Renditen verzichten, um langfristige Investitionen zu tätigen, wird es für sie schwieriger werden auf den Anleihen- und Aktienmärkten finanzielle Mittel zu mobilisieren. In diesem Fall muss sozialdemokratische Wirtschaftspolitik dafür Sorge tragen, dass öffentlicher Kredit mit langem Atem und strategischen Blick in die Bresche springt.

GEMEINSAME EUROPÄISCHE INDUSTRIEPOLITIK

Seit einigen Jahren ist bereits die Rede von einer gemeinsamen europäischen Industriepolitik. Der sogenannte Juncker-Fonds mit einer erwarteten Hebelwirkung von 315 Mrd. Euro ist aber viel zu klein, um wesentliche strategische Effekte zu erzielen. Eine europäische Industriepolitik braucht große Visionen und mutige Projekte: Man stelle sich nur die ökonomische, politische und moralische Wirkung vor, wenn die europäische Zentralbank statt des aktuellen, Billionen Euro schweren Anleihekaufprogramms ein sinnvolles Projekt wie ein gesamteuropäisches, alle Hauptstädte verbindendes Netz für Hochgeschwindigkeitszüge finanzieren würde. China


begann 2003 mit dem Bau von Hochgeschwindigkeitsstrecken und hat heute das größte Netz der Welt. Dazu einen Eisenbahnkonzern, der größer ist als Alstom, Bombardier, Siemens und Stadler zusammen. (Tagesanzeiger, 17.05.2016) Dieser Konzern produziert mittlerweile einen eigenen Hochgeschwindigkeitszug, der bereits auf der ganzen Welt nachgefragt wird. China investiert über eine Billion Dollar in das Projekt Seidenstraße: Häfen und Eisenbahntrassen zwischen Europa, Asien und Afrika.

Ja, es ist sinnvoll im Europäischen Parlament für eine echte europäische Industriepolitik zu kämpfen. Die Sozialdemokratie ist aber gut beraten, ihre Zukunft nicht einzig und alleine auf die Hoffnung zu setzen, dass sich die 28 Mitgliedstaaten im Rat zu einer gemeinsamen Strategie durchringen. Es gilt an einer industriepolitischen Koalition der Willigen zu arbeiten, die nach dem Motto eines Europas der zwei Geschwindigkeiten mit Vehemenz die Initiative ergreift.

DER MENSCH IM MITTELPUNKT

Der Staat als unternehmerischer Gestalter der Zukunft ist nicht auf Industriepolitik und strategische Investitionsprojekte beschränkt. Neben der Verantwortung für Leitbetriebe, den Investitionen in nachhaltige Infrastruktur und große strategische Projekte wie Umwelttechnologie, Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter gibt es meines Erachtens viele weitere wichtige Zukunftsfelder: Einerseits die Frage des Wohnens, der Lebensqualität in Stadt und Land. Andererseits die Thematik der präventiven Gesundheitsvorsorge, beispielsweise die Frage gesunder Ernährung im Zusammenhang mit biologischer Landwirtschaft und Ernährungssouveränität. Im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels und der Lebensmittelindustrie dominieren gesundheitsschädliche Monopole und Oligopole.

Hier gilt es neue Wege zu beschreiten und die Versorgung für neue Produkte und Geschäftsmodelle wie Lebensmittelvertriebskooperativen (Foodcoops) zu öffnen. Letztlich sollte das Ziel allen Wirtschaftens und damit auch der Wirtschaftspolitik die Mehrung des körperlichen und seelischen Wohlergehens der Menschen sein. Ein entscheidender Faktor für dieses Wohlergehen ist, wie Menschen im Arbeitsleben, aber auch schon in der Schule und im Kindergarten miteinander umgehen. Sind sie in der Lage Konflikte zu führen? Können sie einen kooperativen Führungsstil leben, respektvoll und wertschätzend agieren, gut kommunizieren? Können sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kreativ und gemäß

ihrer Fähigkeiten und Leidenschaften in das Unternehmen einbringen? Die Umgestaltung der Arbeitsbeziehungen, die bereits im 1978er-Programm der SPÖ ein Ziel darstellt, ist heute ein florierendes Forschungs- und Experimentierfeld (LALOUX, 2015). Fortschritte in dieser Richtung erhöhen die Produktivität, die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden gleichermaßen, kommen aber auch der Vision einer neuen Menschlichkeit nahe, die im Zeitalter des Kapitalismus in den Hintergrund gedrängt oder gar abhandengekommen ist. 

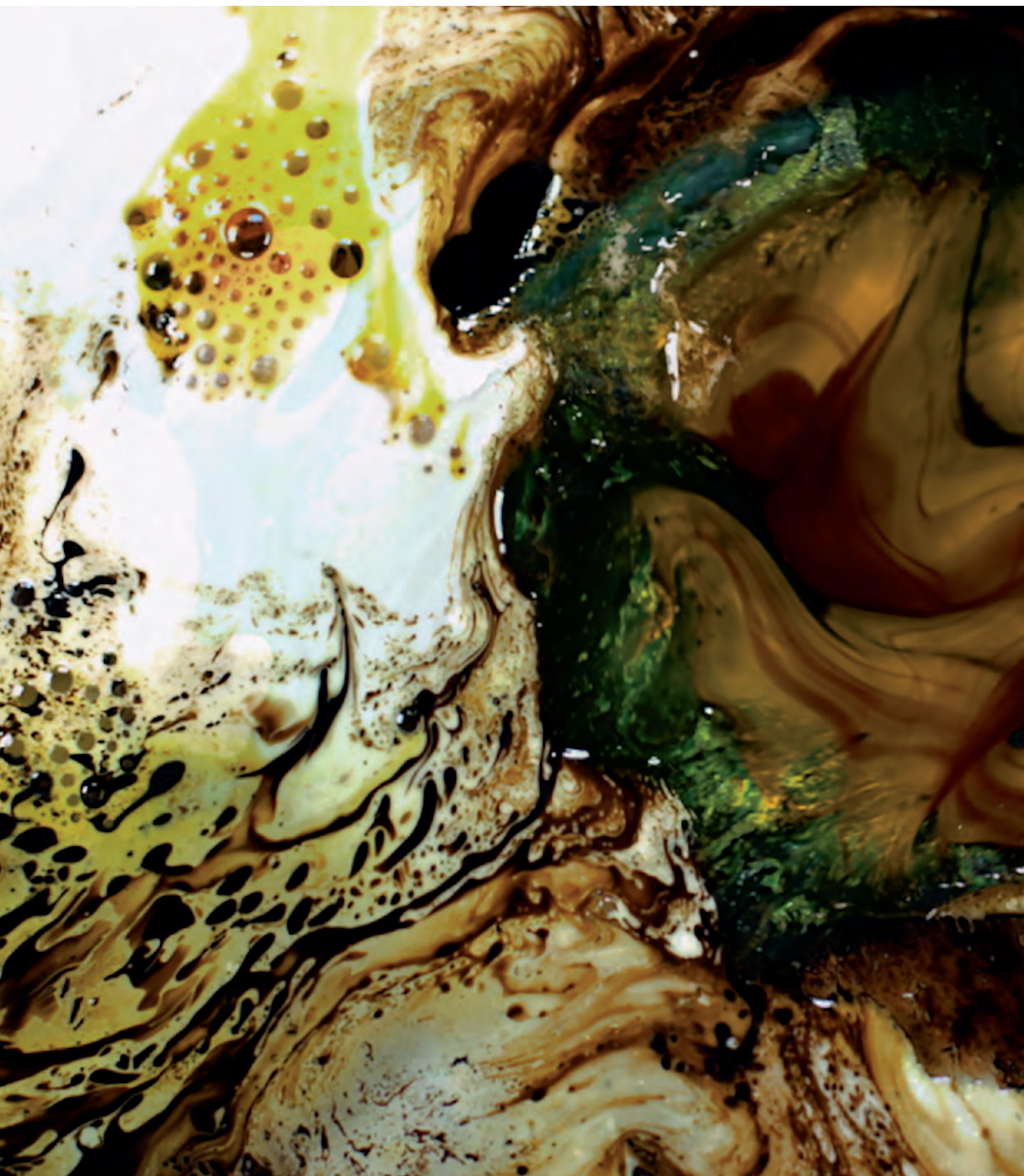
JOSEF FALKINGER

arbeitet als Ökonom in Wien und ist Vorsitzender der FSG in der Statistik Österreich.

QUELLEN

CORNEO; Giacomo: (2014): Bessere Welt, Wien | **DIE ZEIT:** (27.5.2016) VW will eigene Batteriefabrik bauen | **FALKINGER, Josef** (2014a): Zwei Parteiprogramme 1978 und 1998, <http://blog.sektionacht.at/2014/03/zwei-partieprogramme-1978-und-1998/> | **FALKINGER, Josef** (2014b): Zur programmatischen Krise der Sozialdemokratie, <http://blog.sektionacht.at/2014/04/zur-programmatischen-krise-der-sozialdemokratie/> | **FAZ** (4.10.2016) Die unheimliche Macht der ETF-Fonds | **FAZ** (27.12.2016); Chinas neue Seidenstraße | **FAZ** (27.12.2016) Chinesische Firmenkäufe in Deutschland auf Rekordhoch | **GREY, Eva** (2015): China's Energy Revolution, power-technology.com | **HANDELSBLATT:** (11.8.2016) Kairo vereinbart mit IWF Milliardenkredit | **JOHNSON, Chalmers.** (1982) MITI and the Japanese Miracle: the Growth of Industrial Policy 1925 – 1975. Stanford, CA | **KAPELLER, Jakob, HUBER, Jakob** (2009): Politische Paradigma und neoliberale Einflüsse am Beispiel von vier sozialdemokratischen Parteien in Europa, ÖZP, 2009 H.2, 163-192 | **KAY John** (2015): Other People's Money, London | **KERN Christian** (2016a) Antrittsrede im Nationalrat | **KERN Christian** (2016b) Europa muss wieder gerecht werden, Gastbeitrag in der FAZ: | **KEYNES, John Maynard** (1926): The end of laissez faire | **LALOUX, Frederic:** (2015) Reinventing Organisation | **MACCUCATO, Mariana** (2014), The entrepreneurial state, New York | **POLANYI, Karl** (1997): The Great Transformation, Frankfurt. | **SCHUMPETER, Joseph** (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern | **SIMON Hermann** (1996): Hidden Champions, Boston | **SIMON Hermann** (2009): Hidden Champions of the 21st Century, London 2009 | **SHONFIELD, Andrew** (1968): Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und den USA, Köln | **SPÖ Parteiprogramm 1958**, <http://wienmachtprogramm.at> | **SPÖ Parteiprogramm 1978**, <http://wienmachtprogramm.at> | **SPÖ Parteiprogramm 1998**, <http://wienmachtprogramm.at> | **STIEGLITZ, Joseph** (2000), Economics of the public sector, New York/London | **SZ:** (30.10.2016) Deutsche Autobauer sind entsetzt über chinesische Elektroquote | **Tagesanzeiger** (17.5.2015) Chinesische Züge überrollen den Weltmarkt | **WADE, Robert** (1990) Governing the market. East Asian industrialization

1. Dort heißt es „ Wir wissen, dass die Idee vom freien Unternehmertum, das auf Genialität basierende Produkte entwickelt, die quasi wie von Zauberhand entstehen, eine völlige Illusion ist. Wir haben das anhand des Paradebeispiels des Apple iPhones erlebt...Egal, ob das das Display war, egal, ob das das Spracherkennungssystem ist oder das GPS-System. Das sind Anwendungen, die aus der Grundlagenforschung entstanden sind, die von der öffentlichen Hand finanziert wurden, die öffentliche Institutionen vorangetrieben haben“ (KERN; 2016a)
2. Keynes weist auf diese Tatsache in seinem bahnbrechenden Essay The End of Laissez Faire hin.
3. Der ökonomische Mainstream nennt für positive Externalitäten oft läppische Beispiele wie eine Blume im Garten an der sich der Vorbeigehende erfreut. Man übersieht bei solchen Beispiel leicht, dass positive Externalitäten ein mächtiges Argument für Industriepolitik sein können.
4. Ohne staatlichen Bau von Highways wäre der Siegeszug des Automobils in den 50er-Jahren nicht möglich gewesen. Ohne staatliche Anstrengungen zum Aufbau eines Ladestationen-Netzes für E-Autos wird es keine E-Mobilität geben.
5. Die Methode Forschung und Entwicklung privater Unternehmungen gießkannenmäßig also ohne Schwerpunkte und Strategie mit Subventionen und Steuererleichterungen zu bedecken hat sich als teuer und ineffizient erwiesen. Der Effekt dieser Politik auf das Wirtschaftswachstum lässt sich nicht nachweisen. (MAZZUCATO; 2014; S 35ff)
6. Für die Bildung von öffentlichem Kapital plädiert auch der Berliner Ökonom Giacomo Corneo. (Vergleiche Corneo, G., 2014: Bessere Welt, Goldegg: Wien)
7. vs





**RACHEL
ROSE**
KUB

RACHEL ROSE
Everything and More, 2015, HD-Video, ca. 11 Minuten, Filmstill
Courtesy of the artist, Pilar Corrias Galerie, London und Gavin Brown's enterprise, New York
© Rachel Rose

Vom »Vierten Reich« zu den »Eurasiern«

Nach 1945 wurde die Europaidee auch von neofaschistischen Denkern verfolgt. Ihr Werk beeinflusst noch heute die Verbindungen zwischen Rechten und russischen Kreisen. Eine besondere Rolle spielte ein österreichischer Ex-Nazi, zeigt Thomas Riegler auf.

Die Costa del Sol gilt gemeinhin als Urlauberparadies. Praktisch unbekannt ist dagegen ein dunkles Kapitel Zeitgeschichte, das dem südspanischen Küstenstreifen den Beinamen »Costa del Nazi« eingebracht hat: Nach der Niederlage des 3. Reichs hatten sich zahllose NS-Verbrecher hierher geflüchtet. Das faschistische Regime von General Franco nahm sie mit offenen Armen auf und gewährte Schutz vor Auslieferung. Anfang der 1950er-Jahre gab es in Spanien schon eine regelrechte Kolonie von 16.000 NS-Exilanten. Viele von ihnen – darunter der belgische NS-Kollaborateur Leon Degrelle, der berüchtigte Wiener SS-Offizier Otto Skorzeny oder der an der Niederschlagung des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 beteiligte Otto Ernst Remer verbrachten einen ruhigen Lebensabend. Einige hochbetagte Pensionäre sind noch übrig – so etwa in Benalmadena, wohin es vor einigen Jahren auch den österreichischen Holocaustleugner Bernd Honsik hin verschlagen hat: 97 Jahre alt dürfte der gebürtige Grazer Theodor Soucek mittlerweile sein. Sein letztes Statement stammt von 2011. Aber wäre er mittlerweile verstorben, hätte dies in einschlägigen Kreisen Wellen geschlagen.

EUROPA ALS »VIERTES REICH«

In der breiten Öffentlichkeit ist Soucek schon lange in Vergessenheit geraten. Er hatte den 2. Weltkrieg als Offizier mitgemacht. Nach 1945 baute er ein weitverzweigtes Fluchthilfenetz auf – für in alliierten Internierungslagern einsitzende NS-Täter. 1947 wurde Souceks Organisation schließlich zerschlagen. Er und einige Mitverschwörer wurden dafür zum Tode verurteilt, aber 1952 von Bundespräsident Adolf Schärf begnadigt. In den darauffolgenden Jahren verschrieb sich Soucek gemeinsam mit anderen Neofaschisten einem Projekt, das unterschwellig bis heute nachwirkt: Der

Schaffung eines vereinigten Europas als »viertes Reich«. Diese Idee wurde praktisch parallel zu den Bestrebungen verfolgt, die mit den Römischen Verträgen (1957) die Entwicklung zur heutigen Europäischen Union anstießen.

Während des 2. Weltkriegs hatten auf deutscher Seite Zehntausende europäische Freiwillige gegen den »Bolschewismus« gekämpft. Einer der ersten Versuche, dieses Potential neu zu organisieren, fand am 12. Mai 1951 statt: Im schwedischen Malmö trafen sich 60 Delegierte rechtsextremer Bewegungen aus ganz Westeuropa. Der Kongress führte zu Bildung der Europäischen Sozialbewegung (ESB), mit nationalen Sektionen in der BRD, Schweden, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Belgien, Frankreich und Österreich. Die verschiedenen Organisationen waren sich einig, dieses Europa anti-parlamentarisch, autoritär und völkisch orientiert sein würde – als dritte Kraft zwischen den Machtblöcken USA und UdSSR. Es blieb jedoch bei einem Erfolg auf symbolischer Ebene, weil die ESB wegen ihrer »moderaten« Haltung bald den Rückhalt der eigenen Basis verlor und auf wackeligen finanziellen Beinen stand.

THEODOR SOUCEK: »WIR RUFEN EUROPA!«

Nun kam Soucek ins Spiel: Anfang 1957 gründete er die Sozialorganische Ordnungsbewegung Europas (SORBE) – wobei unter »sozialorganisch« die »biologische art- und schicksalsmäßige Verkettung« des Individuums mit Familie und Volk zu verstehen war. Das dazugehörige Programm verpackte Soucek 1956 in seinem schwülstigen Buch »Wir rufen Europa. Vereinigung des Abendlandes auf Sozial-Organischer Grundlage«. Darin hielt er fest, dass das »bolschewistische Russland« vom Ausgang des 2. Weltkriegs ungleich mehr profitiert habe, »als alle übrige Welt«.

Darüber hinaus habe der Osten »sein Konzept und seinen Kristallisationspunkt«. Der Westen dagegen besitze nichts dergleichen: »Im Osten besitzt das Denken und Handeln der Führenden und Geführten zielstrebige Richtung. Im Westen nicht«. Im europäischen Raum habe sich bislang weder das »System Moskaus« noch die »Bereitwilligkeit zum Anschluss an den Dollar« durchgesetzt. Und zwar, so Soucek, weil der Instinkt »hellwach« dafür sein, »ob man für die eigene oder eine vermeintliche Freiheit arbeiten, kämpfen, opfern, bluten und sterben soll«. Eben deshalb gebe es »kein besseres Losungswort als den Ruf: Für die Freiheit Europas!« Konkret stellte sich Soucek eine »Europaregierung« mit Sitz in Genf vor, in deren Souveränitätsbereiche Innenpolitik und Rechtsgestaltung, Wirtschaft, Finanzen und Währung, Sicherheit und Wehrkraft, Außenpolitik sowie Erziehung und Forschung fallen sollten. An der Spitze sollte ein auf fünf Jahre gewählter und für diese Zeit unabsetzbarer »Präsident von Europa« stehen.

»EUROPAKONGRESS« IN SALZBURG

Am 7. und 8. Dezember 1957 lud die SORBE im Salzburger Hotel Pitter zum »Europakongress« – »ca. 1.000 Personen« waren gekommen, darunter Erwin Vollenweider, der 1951 die Volkspartei der Schweiz gegründet hatte, und der französische Neofaschist und Holocaust-Leugner Henri Rocques. Als man Mitte November 1958 eine Nachfolgeveranstaltung abhalten wollte, handelte das Innenministerium. Über die Intention der rechten Europa-Ideologen war man sich dort im Klaren: Es handle sich um »fanatische Nationalisten und Antidemokraten«, »die unter dem Deckmantel eines geeinten Europas ein neues Großdeutschland anstreben«, hieß es 1960. SORBE wurde aufgelöst, aber der Verfassungsgerichtshof gab einer dagegen eingelegten Beschwerde statt. Der Verein sollte aber nicht mehr zur alten Stärke zurückfinden. Nachdem sich Soucek ab 1962 wegen hoher Schulden ins Ausland abgesetzt hatte, wurde SORBE zwei Jahre später endgültig aufgelöst. Soucek ließ sich schließlich an der Costa del Sol nieder, wo es still um ihn wurde. Einem bei einem schwedischen Verlag erschienenen Memoirenband von 2001 stellte er bezeichnenderweise die Forderung nach Abschaffung des Verbotsgesetzes voran.

JEAN THIRIART UND »JUNGES EUROPA«

Souceks Platz innerhalb der Europa-Faschisten hatte damals der Belgier Jean Thiriart eingenommen. Dieser hatte auf deutscher Seite als Fallschirmspringer gekämpft und wurde dafür nach 1945 für drei Jahre inhaftiert. 1961 baute Thiriart

die Sammelbewegung »Jeune Europe« (Junges Europa, JE) mit Ableger in 13 Ländern auf. Den dafür nötigen ideologischen Kitt lieferte Thiriart 1964 mit »Europa: ein Weltreich von 400 Millionen Menschen«. Nur dieses »vierte Reich« würde die Hegemonie der Supermächte herausfordern können (»gegen Bolschewismus und Amerikanismus«). Aussagekräftig war auch das Emblem von JE – das Keltenkreuz.

In Österreich war seit 1959 die »Legion Europa« Teil von JE. »I. Legionsführer« (Vereinsobmann) und Gründer war Alfred (»Fred«) Borth, über viele Jahrzehnte eine schillernde Figur der rechten Szene. Gemäß Punkt b) der Satzungen bezweckte die Legion Europa: »die Zusammenfassung aller europäisch denkenden Menschen zu einer gemeinsamen Willensbildung und zur Einflussnahme auf das wirtschaftliche und kulturelle Leben Europas. Er [der Verein] wird darüber hinaus für eine europäische Wehrbereitschaft und eine sportliche Ertüchtigung seiner Menschen – insbesondere der Jugend – eintreten.« Innerhalb von JE traten bald Risse zutage: 1963 endete eine Konferenz im Streit, der sich rund um die Haltung zum Südtirolkonflikt entzündet hatte: Während die deutschsprachigen Delegierten die Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen forderten, sprachen sich Thiriart und die italienischen Vertreter dagegen aus, weil dies der Einigkeit Europas schaden würde. Stattdessen traten sie für eine Verhandlungslösung zwischen Italien und Österreich ein. Dies führte dazu, dass zahlreiche Gruppen JE verließen. Borth ging auf Konfrontationskurs zu Thiriart, informierte aber gleichzeitig die italienischen Dienste und die Staatspolizei über die österreichische Südtirolszene.

»ER IST AM GLEICHEN TAG ZURÜCKGESCHICKT WORDEN«

Der Konflikt zwischen Thiriart und seinen früheren Verbündeten trat zutage, als er 1966 zu einer Pressekonferenz nach Wien kommen wollte, um die deutsche Übersetzung seines Buchs »Das Vierte Reich: Europa« vorzustellen. Doch der Termin im Hotel de France musste abgesagt werden, weil es eine Bombendrohung gab. In einem eilig ausgesandten »Communiqué« äußerte Thiriart einen Verdacht:

»Vor drei Jahren hatte ich mehrere Österreicher aus meiner Organisation entfernt, die erst in den Südtirol-Terror verwickelt waren und später mit neo-nationalsozialistischen Kreisen Verbindung aufnahmen. Wahrscheinlich wollen diese sich heute rächen.« Thiriarts Aufenthalt in Österreich wurde jedenfalls auf höchster Regierungsebene besprochen.

Innenminister Franz Hetzenauer (ÖVP) informierte: »Wir haben die Grenzorgane angewiesen gehabt, dem Mann die Einreise zu verwehren. Im Andrang an der Grenze ist es ihm aber doch gelungen, einzureisen und er ist dann aber doch nach Wien gekommen und wir haben ihn ausgeforscht. Eine Verweigerung der Aufenthaltsgenehmigung ist im Zuge. Er ist am gleichen Tag zurückgeschickt worden.«

GEDANKENAUSTAUSCH MIT DEN »EURASIERN«

Später fiel Thiriart mit Beifallsbekundungen für den sowjetischen KGB, für die palästinische PLFP und für linke Terrorgruppen wie die belgischen Cellules Communistes Combattantes (CCC) auf. Genauso knüpfte er Kontakte zum maoistischen China, zum Regime von Muammar al-Gaddafi und zu anderen Staaten der »Dritten Welt«. Kurz vor seinem Tod hielt sich Thiriart 1992 zweimal in Moskau auf und traf sich dort mit Angehörigen der neuen Kommunistischen Partei der Russischen Föderation. Man überlegte eine strategische Achse beim Kampf gegen die »Amerikanisierung« Europas. Einer von Thiriarts Gesprächspartner war Aleksandar Dugin, heute eine der einflussreichsten »eurasischen« Ideologen. Der »Eurasismus« war in den 1920er-Jahren von russischen Emigranten geprägt worden und postuliert einen fundamentalen Gegensatz zwischen einem von Russland dominierten »Kontinent Eurasien« und der »romano-germanischen« Zivilisation Westeuropas. Dementsprechend träumt Dugin von einer von Moskau angeführten »Eurasischen Union« – als Gegenmodell zu »westlichem Nihilismus« und us-amerikanischer Hegemonie.


Als Vorstand des Soziologie-Instituts an der Moskauer Lomonossow-Universität unterhält Dugin Beziehungen zu Gleichgesinnten in Westeuropa. 2013 verschaffte er dem Gründer der ungarischen Jobbik-Partei Kontakte in Moskau. Dem inhaftierten Chef der neofaschistischen Partei »Goldene Morgenröte« in Griechenland sprach Dugin brieflich Mut zu. Und die FPÖ? 2014 fand in Wien ein internationales »Geheimtreffen« von konservativen und ultrarechten Gruppen statt, darunter auch führende freiheitliche Vertreter wie Obmann Heinz-Christian Strache und der damalige Wiener Klubobmann Johann Gudenus. Stargast des Abends war aber niemand geringerer als Dugin. Als Veranstalter fungierte der russische Oligarch Konstantin Malofeew, der 2016 bekundete, die »allerbesten Beziehungen zur FPÖ« zu unterhalten.

Die von Soucek und Thiriart gelegte Saat ist somit aufgegangen, wenn auch unter anderen geopolitischen

Vorzeichen. EU-kritische Parteien in ganz Europa haben längst enge Kontakte zu den »Eurasieren« in Moskau geknüpft. So etwa die FPÖ, deren Obmann Heinz-Christian Strache sich 2014 mit Dugin getroffen hat.

RÄNKESPIELE DER GEHEIMDIENSTE

Wenn heute rechte Kleingruppen wie die »Identitären« Dugins »Eurasismus« und Vordenker wie Thiriart wohlwollend reflektieren, wird ein Aspekt ausgeklammert: Es gibt mittlerweile genügend Belege dafür, dass sich die Europa-Faschisten im Kalten Krieg von westlichen Geheimdiensten einspannen ließ. So waren zahlreiche Verbündete Thiriarts innerhalb des italienischen Neofaschismus Kader des antikommunistischen »Gladio«-Netzwerks, das in den 1970er-Jahren und frühen 1980er-Jahren Italien mit Bombenanschlägen destabilisierte. Dasselbe gilt übrigens für Borths »Legion Europa«: 1990 erzählte der pensionierte Staatspolizist Leo Frank dem »Kurier«: »Es gab bis 1970 in Westeuropa eine antikommunistische Organisation, die sich ‚Legion Europa‘ nannte. Der österreichische ‚Legionsführer‘ was Fred Borth. Bei unseren damaligen Nachforschungen haben wir oft Hinweise auf einen internationalen Nachrichtendienst bekommen, der mit dieser ‚Legion‘ gegen die Kommunisten arbeitet und in Österreich einen Ableger hat.« Borth entgegnete damals auf Nachfrage: »Unsere Diktion deckte sich zwar mit ‚Gladio‘ – es gab auch eine Verbindung nach Italien – aber wir hatten keinerlei Geheimdienstverbindungen und waren militärisch nie aktiv.«

Erwiesen ist zumindest, dass Borth hunderte Spitzelberichte geliefert hatte – und das gleich an mehrere Geheimdienste. Auf diese Weise war auch die österreichische Staatspolizei gut im Bilde: Laut einem Protokoll von 1963 meinte der Leiter des Wiener Büros, Oswald Peterlunger, einsilbig: »Es bestehe ein Kreis von Nationalen, der sich über ganz Europa erstrecke und deren Mitglieder zugeben, Sprengstoffanschläge zu verüben.« Diese Machenschaften sind noch kaum erforscht – aber der rechte »Traum« eines anti-liberalen Europa ist wahrscheinlich noch nie so wirkungsmächtig wie heute. 

THOMAS RIEGLER

ist Historiker und ist Mitglied der Redaktion der ZUKUNFT.



RACHEL ROSE

Everything and More, 2015,HD-Video, ca. 11 Minuten,Filmstill

Courtesy of the artist, Pilar Corrias Galerie, London und Gavin Brown's enterprise, New York

© Rachel Rose

Bildung: Menschenrecht und keine Ware zum Verkauf?

In ihrem **Diskussionsbeitrag** skizziert Irini Tzaferis, in welche Richtung Österreichs und Europas Bildungspolitik derzeit geht, welche Rolle Testungen wie die PISA-Studie spielen und warum sich SozialdemokratInnen gegen die fortgesetzte Ökonomisierung des Bildungssektors stellen müssen.

Der Slogan der SchülerInnen- und Bildungsbewegung, den der Titel dieses Beitrags zitiert, hat zum heutigen Zeitpunkt keineswegs an Aktualität verloren, im Gegenteil. In den letzten 15 Jahren haben sich die Strukturen im österreichischen Bildungssystem massiv verändert. Sie sind Teil eines europaweiten Prozesses, der die Normierung von Bildungseinrichtungen und Bildungsinhalten zum Ziel hat. In regelmäßigen Abständen werden wir von den Ergebnissen verschiedener Testungen unterrichtet. Eine davon ist die PISA-Studie.

WAS IST PISA?

PISA steht für Programme for International Student Assessment und ist eine Testung, die die Fertigkeiten von Schülerinnen und Schülern am Ende ihrer Schulpflicht in den unterschiedlichen OECD-Staaten untersucht. Die Testung findet seit dem Jahr 2000 alle drei Jahre statt und es werden die Bereiche Naturwissenschaften, Lesekompetenz und Mathematik getestet.

Bei der Testung stehen nicht nur die Reproduktionsfähigkeiten der Schülerinnen und Schüler, also die richtige Wiedergabe von Gelerntem, im Mittelpunkt, es wird auch überprüft, ob und wie Schülerinnen und Schüler Gelerntes in ungewohnten Situationen anwenden können. Die Veranstalterin der PISA-Studie, die OECD, gibt an, dass es bei der Testung primär darum gehe zu überprüfen, ob die Schülerinnen und Schüler mit 15 Jahren über jene Kompetenzen verfügen, die für eine volle Teilhabe am Leben in einer modernen Gesellschaft unerlässlich seien. Die PISA-Studie soll es also ermöglichen, die Fähigkeiten und Fertigkeiten von Schülerinnen und Schülern am Ende ihrer Schulpflicht miteinander zu vergleichen und gleichzeitig

die Stärken und Schwächen verschiedener Bildungssysteme herauszuarbeiten.

DIE ERGEBNISSE DER PISA-STUDIE 2015

Die Ergebnisse der PISA-Testung 2015 zeigen keine großen Überraschungen. Im Bereich Naturwissenschaft liegen Österreichs Schülerinnen und Schüler mit 495 Punkten wie auch 2012 im OECD-Mittelwert (493 Punkte). Die Ergebnisse in Mathematik liegen mit 497 Punkten schon zum zweiten Mal über dem OECD-Durchschnitt (490 Punkte). Gleichzeitig schneiden die Schülerinnen und Schüler aus Österreichs Schulen im Kompetenzbereich Lesen wie bereits 2012 mit 485 Punkten deutlich schlechter ab als der OECD-Durchschnitt (493 Punkte). Während also in den Kompetenzbereichen Lesen, Naturwissenschaften und Mathematik durchschnittlich keine Veränderungen vorliegen, sind die Ergebnisse in den Bereichen der Chancengleichheit unterdurchschnittlich.

Im Bereich der Chancengleichheit werden drei Themen genauer betrachtet: Die Ergebnisse nach Geschlecht, sozialem Hintergrund und Migrationshintergrund. Signifikant sind hierbei die massiven Unterschiede zwischen Burschen und Mädchen im Bereich Naturwissenschaften. Während die Burschen in diesem Bereich im OECD-Durchschnitt 4 Punkte mehr erzielen als Mädchen, liegt der Unterschied bei Schülerinnen und Schülern in Österreichs Schulen bei 19 Punkten. Dieses Ergebnis weist auf einen massiven Mangel in der Förderung von Mädchen im naturwissenschaftlichen Bereich hin.

BOLOGNA – DIE NEOLIBERALISIERUNG VON BILDUNG

Die PISA-Studie kann nicht abgelöst vom Bologna-Prozess

betrachtet werden. Unter dem Bologna- Prozess wird die europaweite Harmonisierung von Studiengängen und Studienabschlüssen verstanden. Sie zielt ab auf einen einheitlichen europäischen Hochschulraum. Der Begriff geht auf eine 1999 von europäischen BildungsministerInnen in Bologna unterzeichnete Erklärung zurück, es handelt sich um eine freiwillige Vereinbarung. Definiert wurden drei Hauptziele: Die Förderung von Mobilität, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit. Diese Ziele zeigen einen Bruch mit dem Humboldt'schen Bildungsideal, das auf Selbstbestimmung, Mündigkeit und Vernunft basiert und das Lernen als Bildung und nicht als Ausbildung betrachtet. Während es bei Humboldt um lebenslanges Lernen als Möglichkeit für jedeN zu jeder Zeit Bildung zu erlangen geht, zielt das neoliberale Dogma des life-long-learning an die Pädagogisierung aller gesellschaftlichen Strukturen ab.

In den letzten fünfzehn Jahren brachte Bologna eine Verschulung der höheren Bildung, die Trennung von Forschung und Lehre und vor allem eine Marktorientierung, die sich sowohl im Curriculum als auch in den Strukturen an den Hochschulen abzeichnet. Es geht also nicht um die Förderung von Bildung und der Entwicklung des Einzelnen, sondern um den Umbau des Bildungssystems mit dem Ziel der Ökonomisierung. Im Mittelpunkt steht die Erziehung für den Arbeitsmarkt, die Studierenden werden entmündigt, ihnen wird verwehrt, ihr Studium inhaltlich selbst zu gestalten oder zu organisieren. Durch Standardisierung und Vereinheitlichung werden Wahlmöglichkeiten und die Vielfalt der wissenschaftlichen Forschung ersetzt. Statt mit Demokratie werden alle gesellschaftlichen Bereiche mit Beratung für verbesserte Beschäftigungsfähigkeit und Erziehung von oben durchflutet. Das vorherrschende Prinzip ist jenes der Anpassung und Unterwerfung. Ziel der Bildung ist kein emanzipatorisches, erklärendes Wissen über gesellschaftliche Prozesse, sondern um eine Anpassung an neue Arbeitsprozesse und Arbeitsverhältnisse.

Das österreichische Bildungssystem ist vom neoliberalen Konzept längst durchsetzt, der Frage nach Vergleichbarkeit, Verwertbarkeit und Standardisierung stellt den roten Faden dar. Das Prinzip der Standardisierung und Vergleichbarkeit steht jedoch im diametralen Widerspruch zur Freiheit der Wissenschaft und Lehre und betrifft den universitären Bereich ebenso wie den schulischen. So führt Standardisierung zur Normierung der Lehrinhalte. Ziel der neoliberalen


Wissensverwaltung ist die Vergleichbarkeit und der damit einhergehende effizientere Wettbewerb. Die Standardisierte Reife- und Diplomprüfung – auch unter dem Namen »Zentralmatura« bekannt – kann ein weiterer Schritt in diese Richtung sein. So ist es nur eine Frage der Zeit bis zum Beispiel Zentralmaturaergebnisse veröffentlicht werden und der Wettbewerb zwischen den Schulstandorten beginnt.

WISSEN UM DES WISSENS WILLEN!

Der Philosoph Konrad Paul Liessmann verweist in einem Interview mit dem Profil darauf, welchen langfristigen Schaden die Abkehr vom humanistischen Bildungsideal zu Gunsten von Kompetenzorientierung und Standardisierung anrichtet. So würden die neuen Lehrpläne das Neugierverhalten von Kindern zerstören. Aber gerade dieses Verhalten sei relevant, wenn es um die Akkumulation von Wissen um des Wissens willen gehe. Nicht jedes Wissen muss unmittelbar anwendbar sein. Wer Bildung ausschließlich an Kriterien wie Nutzen, Anwendbarkeit und Effizienz misst, stellt sich gegen dieses Prinzip.

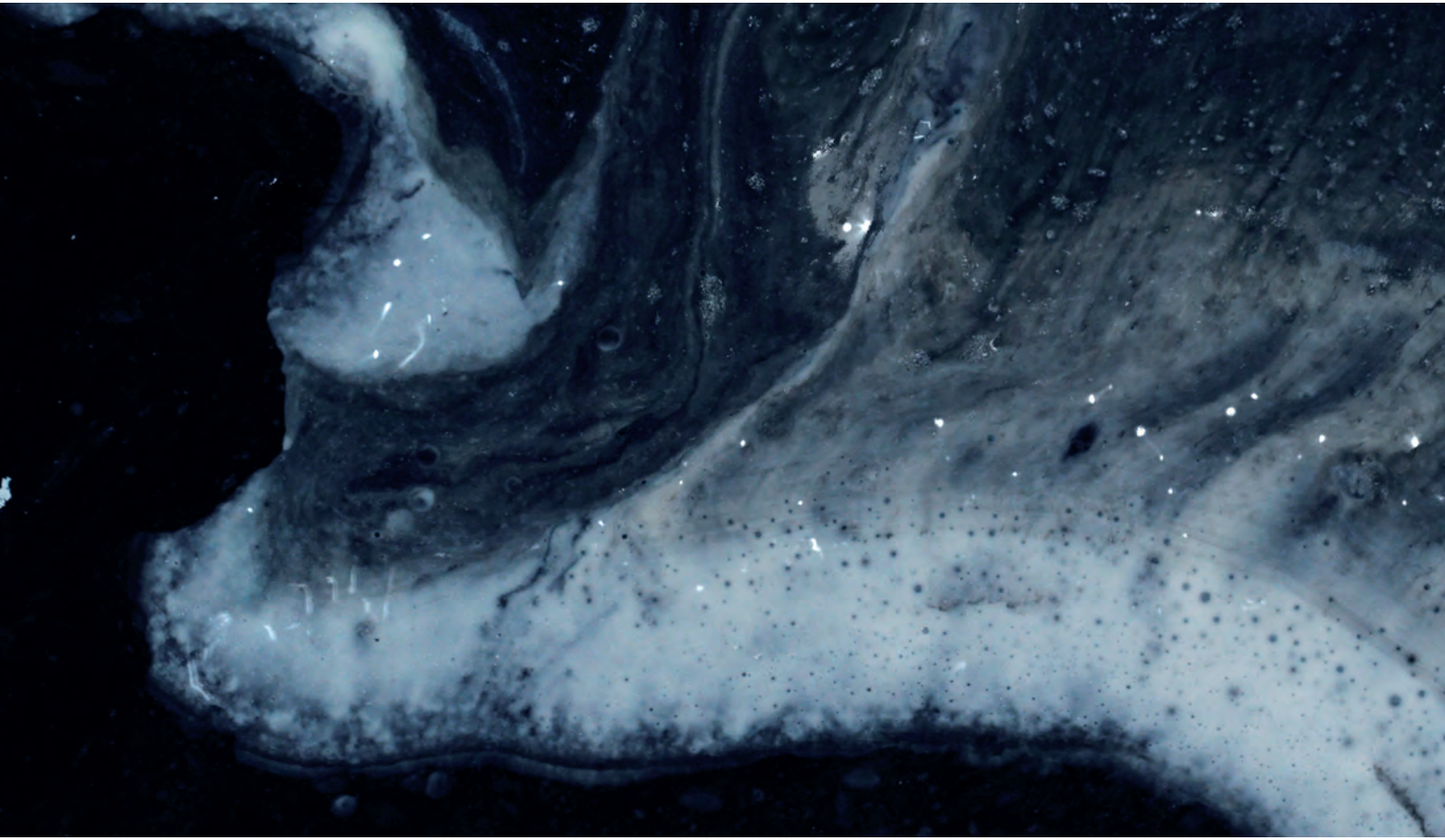
Wo vor einigen Jahren die Abstumpfung und Hörigkeit im Bildungsbereich noch lautstark kritisiert wurde, fehlt es immer mehr an kritischen Bewegungen. Stimmen gegen die Vereinheitlichung und Standardisierung gibt es in Österreich wenige. Die letzte große Protestbewegung gegen die Ökonomisierung des Bildungssystems ist mittlerweile sieben Jahre her. Damals schlossen sich protestierende Studierende gegen die Umstellungen im Bologna-Prozess zusammen und die »unibrennt«-Bewegung entstand. Tausende Studierende besetzten das Audimax der Universität Wien und demonstrierten für den freien Hochschulzugang. Politisch wurden die Proteste ausgesessen. Nichts veränderte sich, alles blieb so wie es ist.

Dass große Veränderungen im österreichischen Bildungssystem schwer zu erreichen sind, ist kein Geheimnis. Die schwarze LehrerInnengewerkschaft blockiert flächendeckend angestrebte Veränderungen. Die unterschiedlichen Landesfürsten gehen ihren Interessen nach. Es scheint im Parlament keine Mehrheit für einen progressiven Wandel im Bildungssystem zu geben. Während man glaubte, alles stünde still und verändere sich nicht, hat sich die neoliberale Idee ins Bildungssystem geschlichen und es vereinnahmt. Ein neoliberales Bildungskonzept schafft aber keine mündigen Menschen. Es schafft Anpassung, Leistungswillen und Widerstandslosigkeit.

Dem entgegenzutreten muss eine Schlüsselaufgabe sozialdemokratischer Bildungspolitik sein. Bildung darf nicht auf den Erwerb einzelner Kompetenzen reduziert werden, Bildung muss das Prinzip der Neugier, des Wissensdurstes, der Entfaltung und der Selbstbestimmung beinhalten. Wir brauchen keine anpassungsfähigen, willenlosen MaturantInnen, die zwar die formale Kompetenz erworben haben, argumentieren zu können, sich selbst aber keine Meinung bilden können. Es ist notwendig, sich gegen ein neoliberales System in all seinen Facetten zu stemmen, mit der ganzen Kraft einer Bewegung. 

IRINI TZAFERIS

arbeitet als AHS-Lehrerin in Wien.



RACHEL ROSE

Everything and More, 2015, HD-Video, ca. 11 Minuten, Filmstill

Courtesy of the artist, Pilar Corrias Galerie, London und Gavin Brown's enterprise, New York

© Rachel Rose

Die rechtspopulistische Diskriminierungsspirale

Wolfgang Edelmüller seziert die Eckpunkte asyl- und migrationspolitischen Vorschläge der österreichischen Innenpolitik, die nicht nur irrational menschenrechtsfeindlich, sondern auch rational-neoliberal inspiriert seien. Er zeigt den mehr als ärgerlichen inhaltlichen Paarlauf der rechtskonservativen ÖVP-Troika Kurz-Sobotka-Lopatka mit der FPÖ auf. Die SPÖ solle in der Frage nicht ihrem »Visegrad-anfälligen« Ostflügel nachgeben und sich konsequent gegen diese Politik stellen.

Die Wiederholung der Bundespräsidentenstichwahl hat bei einer nochmals auf 74,2% gesteigerten Wahlbeteiligung eine eindruckliche Bestätigung des Ausgangs der ersten, von der FPÖ erfolgreich angefochtenen Stichwahl ergeben und mit Alexander van der Bellen als neuem Bundespräsidenten die rechtspopulistische Verhof-erung der Hofburg verhindert. Gleichwohl sieht sich die freiheitliche Parteispitze mit einem WählerInnenanteil für Norbert Hofer von immerhin 46,2% als zweite Siegerin, auch wenn im wahlentscheidenden Wien ihr Kandidat mit einem Ergebnis von 34,3% der WählerInnenstimmen dem tatsächlichen FP-Zustimmungspotenzial (Wiener Gemeinderats- und Landtagswahl 2015: 30,8%) deutlich näher gekommen ist. Gemessen an den Wiener Wahlergebnissen und den kontinuierlichen Resultaten für die FPÖ von mehr als 30% aus laufenden demoskopischen Erhebungen (»Sonntagsfrage«), ist die Differenz von 10-15% Zustimmungüberhang für den betont freiheitlich aufgetretenen Parteikandidaten Norbert Hofer beachtlich.

Daraus lässt sich eine durchaus ernst zu nehmende Herausforderung für die konkurrierenden Parteien aus Regierung und Opposition bei der nächsten Nationalratswahl ableiten, wann immer sie allenfalls vor Ablauf der Legislaturperiode stattfinden sollte. Dabei dürfte dieser punktuelle FP-WählerInnenzuwachs nicht unmaßgeblich darauf zurückzuführen sein, dass die Regierungsparteien, namentlich die rechtspopulistische Imitationspolitik der ÖVP-Troika Kurz-Lopatka-Sobotka, in diversen Flüchtlings- und Integrationsfragen alles daran gesetzt haben, um den Freiheitlichen in die Hände zu spielen. Nachfolgend daher ein kurzer Rückblick auf eine Auswahl typischer Streitthemen

zur Flüchtlingspolitik, die von der Regierung parallel zum Bundespräsidentenwahlkampf ohne Not und Notwendigkeit in die politische Arena geworfenen wurden. Daraus kann man einen Vorgeschmack gewinnen, aus welcher Themenrichtung die FPÖ künftige Wahlkämpfe antreiben und ihre GegnerInnen vor sich hertreiben wird.

BURKAVERBOT

Eine Schein- und Symboldebatte, weil an den Fingern zweier Hände abgezählt werden kann, wie viele muslimische Migrantinnen (nicht zu verwechseln mit kaufkräftigen, arabischen Touristinnen aus der Golfregion) in Österreich vollverschleiert in der Öffentlichkeit auftreten. Es handelt sich daher integrationspolitisch um ein irrelevantes Randproblem, das nur dazu dient, xenophobe und antimuslimische Ressentiments zu bedienen. Und es handelt sich darüber hinaus um eine Einstiegsdebatte, um die Diskriminierungsspirale weiterzudrehen. Denn neben Burka, Niqab, Hidschab, Burkini usw. gibt es noch jede Menge ungewohnter Bekleidungsarten, die das Auge des abendländischen Betrachters beleidigen könnten. Als nächstes wird die neufeministische Avantgarde in der FPÖ, die gegen die muslimischen Immigrantinnen ihre Leidenschaft für die Frauengleichberechtigung entdeckt hat, im Querfrontverein mit den islamkritischen Feministinnen liberaler Ausrichtung ein ähnliches Verbot gegen die »Kopftuchfrauen« wegen des religiösen Verdachts der muslimischen Frauenunterdrückung fordern. Sebastian Kurz hat sich bereits beeilt, seinem Anlehnungsbedürfnis an die Strache-FPÖ nachzukommen und ein Kopftuchverbot in den Raum gestellt, zunächst natürlich nur in bestimmten »Räumen des öffentlichen Lebens«. So macht man das, wenn man an konstruktiven und

zielführenden Integrationslösungen für die migrationsbelastete Gesellschaft so gar nicht interessiert ist, sondern aus reinem Profilerungskalkül rechtspopulistische Imitationspolitik betreibt, wobei soziale Diskriminierung und Desintegration mit allen damit verbundenen zerstörerischen Langzeitfolgen machtopportunistisch in Kauf genommen werden. Besser kann man den symbolischen FP-Kampftemen nicht zu einem sicheren Platz auf der offiziellen Regierungsagenda verhelfen.

EIN-EURO-JOBS

Flüchtlinge mit anerkanntem Asylstatus sollen verpflichtet werden, »gemeinnützige« Arbeit um einen Stundenlohn von einem Euro oder einem ähnlich geringen Symbolbetrag zu leisten. Diesem Kurz-Vorschlag, der dem Vorbild der lohndrückenden Hartz-IV-Methode des geteilten Arbeitsmarkts in Deutschland folgt, wurde gleich von Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer applaudiert. Denn das bedeutet die verlockende Aussicht auf den Einstieg in ein idealtypisches Ausbeuterparadies, wie der sozialpolitische Referent der Industriellenvereinigung auch sofort erkannt hat. Man braucht nur die hinderliche, weil einschränkende Beifügung »gemeinnützig« weg-lassen und schon landen wir in einem Lohnsystem, wo unter Arbeitszwang um den Bettel eines niedrigen Eurobetrages gearbeitet werden muss, um die Anwartschaft auf die von der öffentlichen Hand getragenen Subsistenzkosten der Arbeitskraft in Gestalt von Grund- und Mindestsicherung (von der man mehr schlecht als recht leben kann) ungekürzt zu erwerben. Das läuft dann unter »Integration in den Arbeitsmarkt«, ist aber nichts anderes als staatlich subventionierte Lohnsklaverei, die am Reibach erfreuten sogenannten Arbeitgeber entrichtet einen symbolischen Lohn (als Mehrkostensatz camouffiert) und der Sozialstaat erhält den Lohnsklaven am Leben. So macht man das, wenn man das Ressentiment des »arbeitsscheuen Ausländergesindels« bedienen möchte und gleichzeitig den Zuspund des eigenen Industrieklientels heischt.

Der Grundsatz, dass geleistete Arbeit zumindest zum kollektivvertraglichen Tarif entlohnt werden muss, gilt dann nicht mehr, obwohl die Anwendung dieses Prinzips die höchste Integrationswirkung hätte. Wenn es daher Arbeit – gemeinnützig hin oder her – gibt, die als notwendig erachtet, aber von inländischen Arbeitskräften nicht angenommen wird, jedoch von zugewanderten, minderqualifizierten Personen (Kurzens Zielgruppe) geleistet werden kann, dann soll sie eben zu kollektivvertraglichen Bedingungen entlohnt werden, womit auch alle im Kollektivvertrag normierten

ArbeitnehmerInnenrechte gesichert werden. Das ist zwar die zweitbeste Lösung (die beste wäre ein sinnvoll und intensiv genutztes Integrationsjahr, um sprachliche und berufliche Eintrittsschranken in den Arbeitsmarkt allmählich zu überwinden), weil der Staat als »gemeinnütziger« Arbeitgeber die Alphabetisierungs- und Qualifizierungskosten durch Personalaufwand substituiert und daher weniger von den langfristig wesentlich wirksameren Integrationsvorleistungen erbringt.

Aber immerhin wäre der Gefahr von staatlicher Lohnsubvention für die Privatwirtschaft ein Riegel vorgeschoben, die nur zu einem zweiten Arbeitsmarkt und zur Ausdehnung des Niedriglohnsektors führt, die im regulären (»ersten«) Arbeitsmarkt Abstiegs- und Lohndruck erzeugen. Denn so viel »gemeinnützige« unerledigte Arbeit in den öffentlichen Einrichtungen gibt es gar nicht, um bei der hohen Zahl Asylberechtigter auf die Anwendung dieses Konzepts in der Privatwirtschaft dauerhaft verzichten zu können. Das Modell wurde in Deutschland unter Rot-Grün nach den neoliberalen »workfare«-Kriterien eingeführt, um langzeitarbeitslose Notstandshilfe-Empfänger (»Arbeitslosengeld 2«) in den Arbeitsmarkt »zurückzugewöhnen«. Die Praxis der Ein-Euro-Jobs in Deutschland wurde mehrfach evaluiert und das Ergebnis ist desaströs: die Rückführungsrate in reguläre Arbeitsverhältnisse ist sehr gering, die Substitutionsrate für tarifvertraglich entlohnte Arbeitskräfte hingegen sehr hoch, wodurch Lohndruck durch staatlich subventionierte Lohnsklaverei erzeugt wird. Und der Integrationsminister will das in Österreich für asylberechtigte MigrantInnen einführen, die »ganz weit vom Arbeitsmarkt entfernt sind«, weil sie die deutsche Sprache nicht beherrschen oder nicht einmal alphabetisiert sind. Anstatt diesem Grundmangel durch Vermittlung von Literaturität als Voraussetzung für den Spracherwerb abzuwehren, wird eine Chimäre geritten, die europarechtlich unhaltbar ist, weil der Asylstatus den gleichberechtigten Zugang zu Arbeitsmarkt und Mindestsicherung eröffnet. Daher wird man irgendwann und irgendwie die inländischen langzeitarbeitslosen Notstands- und Mindestsicherungsbeziehenden »gleichberechtigten« müssen, womit der »race to the bottom« vorangetrieben wird. Und wenn das Vorhaben nicht oder nur peripher umgesetzt werden kann, dann hat er es versucht, der vox-populi-nahe Pfundskerl aus der Jungen ÖVP, die »Gut gebrüllt, Löwe!«-Schlagzeilen des Boulevards sind gesichert. Und die FPÖ hat ihre Freude an diesem umtriebigen Diskriminierungsgehilfen in der Regierung.

Kriminalisierung des Aufenthalts der abgewiesenen Flüchtlinge: Was der Minister des Äußeren, Europas und der Integration zustande bringt, kann der im niederösterreichischen öVP-Kernland des Erwin Pröll verankerte Minister des Innere schon lange, auch wenn er noch nicht so lang Regierungsmitglied ist. AsylwerberInnen, deren Asylantrag abgewiesen wurde und die daher keinen regulären Asylstatus bekommen, sollen zum freiwilligen Verlassen des Landes aufgefordert werden. Leisten sie dieser Aufforderung nicht Folge, erfüllen sie nach den Vorschlägen des Innenministers hinkünftig den Straftatbestand des illegalen Aufenthalts und können wie Tatverdächtige behandelt werden, für die die Strafverfolgungsbehörde zuständig wird. (Dass dabei das Verwaltungsstrafrecht zur Anwendung kommt, tut wenig zur Sache, weil die verurteilten Aufenthaltstäter die Verwaltungsstrafen aus legalen Einkunftsquellen ohnehin nicht bezahlen können und daher Freiheitsersatzstrafen verbüßen werden müssen.) Bekanntlich ist der illegale Grenzübertritt nach der Genfer Flüchtlingskonvention zulässig, wenn der betreffende Flüchtling einen Asylantrag stellt, was auch logisch ist, weil eine Flucht ja keine Ferienreise ist, die man zum Spaß antritt, sondern ein Rettungsversuch vor Verfolgung oder Gefährdung an Leib und Leben.

Der an einer musikalischen Dirigentenkarriere verhinderte Innenminister, der seinem Außenministerkollegen an Grausamkeitsphantasie das Wasser reichen will, dirigiert auf diese Weise einen Teil der MigrantInnen, denen die Ablehnung ihres Asylanspruchs droht, in den Untergrund, weil sich die Betroffenen dann wenigstens aussuchen können, wie sie kriminell werden wollen. Das wird vor allem junge Männer betreffen, Alte und Familien mit Kindern haben ohnehin keine Chance, sie landen in der Schubhaft des von der Familienpartei öVP verwalteten Innenministeriums, bis ein Zielland für eine geordnete Abschiebung gefunden wird. So macht man das, wenn man im Verein mit dem Außenminister unfähig ist, Rückführungsabkommen mit sicheren Drittstaaten zu schließen, weil man sich gar nicht darum bemüht, müsste man dazu doch mit europäischen Partnerländern auf gemeinschaftlicher Ebene intensiv kooperieren.

ZUR DRINGLICHKEIT DER NOTVERORDNUNG

Österreich befindet sich nach Meinung von öVP und FPÖ im Einwanderungsnotstand, weshalb eine Notverordnung rasch her muss, noch ehe die Obergrenze von 37.500 Flüchtlingen für das Jahr 2016 (im Sinne von zum Asylverfahren

zugelassenen Antragsberechtigten) erreicht ist, wobei die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Sicherheitslage und die Belastung sozialer Infrastrukturen den Ausschlag für die gesetzlich erforderliche Begründung der semantisch als »Sonderverordnung« stilisierten Notstandsverordnung geben soll. Unter dem Notverordnungsregime kann dann das verfassungs- und europarechtlich garantierte Asylrecht auf vielfältige Weise weiter ausgehöhlt werden bis hin zur Einreiseverweigerung, was zwangsläufig die praktische Frage nach der menschenrechtskonformen Behandlung der Flüchtlinge aufwerfen wird.

Und da kommt dann der geniale Imitationsvorschlag des Außenministers gemäß dem arg in Verruf geratenen »australischen Modell« zur Anwendung, wo man die unwillkommenen MigrantInnen ganz einfach in Flüchtlingslagern interniert, um sie möglichst lang in einer Sackgasse darben zu lassen, die genügend Abschreckungswirkung erzeugt, ähnlich wie die Rückstaueffekte der Abriegelung der Balkanroute. Man konnte gespannt sein, welcher Verordnungsinhalt in Begutachtung geschickt wird, nachdem der SP-Sozialminister wenig Neigung gezeigt hat, der rechtspopulistischen öVP-Troika die Rutschen zu machen. Denn einen Notstand auf dem Arbeitsmarkt kann es in einigermaßen zivilisierten Ländern nur als diskretionären Verweigerungsnotstand geben: entweder verweigert die Regierung geeignete Integrations-, Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Maßnahmen, um die migrationsinduzierte Arbeitslosigkeit zu verringern, oder sie verschlechtert das soziale Sicherungssystem, das den wirtschaftlichen Notstand der Arbeitslosen verhindern soll.

Auf diesem Gebiet hat sich der öVP-Klubobmann Lopatka spezialisiert, den die Frage umtreibt, wie man Grund- und Mindestsicherung als letzte Barriere gegen die manifeste Armut so weit aushöhlt, damit für einen wachsenden Teil der Bevölkerung, der von Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen ist, der wirtschaftliche Notstand gesichert herbeigeführt werden kann. Davon sind natürlich in erster Linie Flüchtlinge betroffen und das freut den xenophoben Spießherren ganz besonders. Eine Regierung, die aus den aktuellen Folgen der Flüchtlingskrise in Österreich einen Notstand konstruiert, gegen den nur mehr mit Notverordnungen regiert werden kann, ist der eigentliche Notstand. Viele der oben in ihrer ursprünglichen Propagandaschärfe zusammengefassten Verschlechterungsvorschläge wurden bisher im innerkoalitionären und parlamentarischen Ver-

handlungsweg durch SP- oder Begutachtungswiderstände zumindest teil-weise entschärft, abgemildert oder ausgesessen. Andere, nur mittelbar flüchtlings- und integrationsrelevante Themenbereiche, wie beispielsweise der von Erdogan und der AKP nach dem gescheiterten Militärputsch in der Türkei forcierte Wechsel zu ei-nem autoritär-nationalistischen Präsidialregime, werden rechtspopulistisch bespielt, indem sie als Vorwand zur Propagierung diskriminierender Positionen dienen. Im Fall der Türkei wird regelmäßig das umstrittene EU-Flüchtlingsabkommen in Frage ge-stellt oder in der Pose demokratischer Besorgnis primitives, Beifall heischendes Tür-kei- und TürkInnenbashing betrieben, stellen die TürkInnen doch die größte Gruppe der islamischen MigrantInnen.

Die Republik bezahlt dafür den Preis des Reputati-onsverlustes in der EU und den internationalen Organisationen. Die FPÖ, nunmehr von den Rücksichten des Bundespräsidentenwahlkampfes befreit, aber durch die ho-he Zustimmungsrates für ihren linientreuen Partei-kandidaten bestätigt, wird die nächs-te Drehung an der rechtspopulistischen Diskriminierungsspirale inszenieren, weil sie sich doch nicht von den rechtskonservativen öVP-Imitatoren überholen lassen kann. Da wird man dann auch vor der Aufforderung zum offenen Gesetzes- und Verfas-sungsbruch nicht mehr zurückschrecken, indem die Bürger-, Grund- und Menschen-rechte in Frage gestellt werden.

Die Parallelen zur Entwicklung der 30er-Jahre ist erschreckend und zum Greifen nahe. Bis zur Wiederholung der Bundespräsidenten-stichwahl haben die FPÖ-Funktionäre bei der Propagierung ihrer Diskriminierungs-themen ebenso wie in der heiklen EU-Frage Kreide gefressen, um nach der Wahl rasch auf die alte Linie der Eskalation der migrations- und integrationspolitischen Grauslichkeiten zurückzukehren, nachdem sie von der regierungsmitsverantwortlichen öVP-Troika und Teilen des frustrieren Elektors in ihren Kernanliegen scheinbar bestätigt wurden. Bleibt die öVP bei ihrem Kurs der rechtspopulistischen Imitations-politik im FPÖ-Windschatten, wird sie sich in die nächste und möglicherweise finale Parteikrise in Richtung kleinerer Mittelpartei (wenn schon nicht mittlerer Kleinpartei im Maßstab der Wiener öVP) manövrieren, weil ihr die letzten wertkonservativen, christlichen und liberalen WählerInnen aus den urbanen Mittelschichten, die ihr nach Schwarz-Blau noch verblieben sind, den Rücken kehren werden. Und das rechtskon-servative ländliche Sumpertum, das gerne mit den FPÖ-Wölfen heult, wird durch den Schmied-Schmiedl-Effekt dezimiert.

Die SPÖ müsste sich vor dieser Entwicklung gar nicht fürchten, wenn ihr nicht die Knie schlottern würden bis zu den Hüften, sodass ihr Visegrad-anfälliger Ostflügel immer mehr Einfluss gewinnt. Selbst unter manchen GewerkschafterInnen, die nicht mehr unterscheiden können oder wollen zwischen dem sozialpolitischen Zweck einer Mindestsicherung und einer solidarischen Lohnpolitik, die die kollektivvertraglichen Mindestlöhne deutlich über das Mindestsicherungsniveau hinaushebt, worin sie ihren aktuellen Kampfauftrag sehen müssten, aber nicht sehen wollen, weil sie zu viel und viel zu bequem mit den FPÖlern in ihren Gemeinden und Ländern kungeln.

Die SPÖ müsste vielmehr sozialdemokratische Haltung be-wahren und schlicht »Nein« sagen zu den integrations- und sozialpolitischen Zumutungen der öVP-Troika und sie hin-einverglühen lassen in das FPÖ-Elektorat, damit sie sicher unter den bei Umfragen bereits angelangten 20%-Level fallen bei der nächsten Nationalratswahl. Und keinen Zweikampf von Bundeskanzler Kern mit dem irrlichernden Popularitätsheld aus dem Außenministerium, der gehört bei Gelegenheit entzaubert und in die Rumpel-stilz-Ecke polemisiert. Der wirkliche Gegner ist die Strache-FPÖ, hinter deren provo-kant und marktschreierisch zur Schau getragenen, rechtspopulistischen Diskriminie-rungsfassade sich die gähnende Leere der sachpolitischen Substanzlosigkeit und des neoliberalen Konformismus verbirgt. Allein dadurch kann sich die SPÖ in die nächste Regierung mit Reformaufschwung retten.



WOLFGANG EDELMÜLLER

ist Ökonom und lebt in Wien und im Waldviertel.

Kolonialismus, Repression & Existenzialismus



Charles C. Mann
AMERIKA VOR KOLUMBUS

Mann macht deutlich, dass die indianischen Kulturen oftmals weiter entwickelt waren als die europäische. Ihre Boote waren schneller und wendiger als die der Europäer, ihre Städte größer als das damalige Paris. Er gewährt uns überraschende Einblicke in die Lebensweise der Ureinwohner und zeigt, wie noch heute ihre Mais-, Kürbis- und Kartoffelanbauflächen weite Teile des Kontinents prägen.

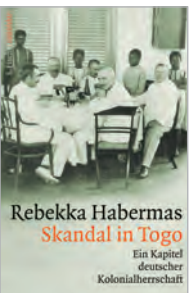
ROWOHLT, 720 Seiten, 30,80 Euro



Adam Zamoyski
PHANTOME DES TERRORS

Für die Herrschenden waren die Jahre nach der Französischen Revolution und Napoleon ein Zeitalter höchster Besorgnis. Die gekrönten Häupter lebten in der permanenten Furcht vor erneuten Rebellionen und waren überzeugt davon, dass ihre Macht auf dem Spiel stand. So entstand eine Politik, die mit einem aufwendigen System von Bespitzelung, Zensur und Repression gegen reale und imaginäre Feinde vorging.

C. H. BECK, 618 Seiten, 30,80 Euro



Rebekka Habermas
SKANDAL IN TOGO

1900 soll der Kolonialbeamte Geo Schmidt eine junge Afrikanerin vergewaltigt haben. Doch solche Übergriffe waren in den Kolonien nahezu alltäglich, warum also die Aufregung? Christliche Missionare sahen ihre Arbeit gefährdet. Ihre unzähligen Briefe nach Berlin, in denen sie Schmidts Treiben schildern, sind beredte Zeugnisse eines grundlegenden Konflikts im kolonialen Raum.

S. FISCHER, 400 Seiten, 25,70 Euro



Hans Günther
ANDREJ PLATONOW

Andrej Platonow (1899 – 1951) ist der berühmteste Unbekannte der modernen russischen Literatur. Niemand hat den Geist der Epoche, die geprägt war vom Experiment der Erschaffung eines neuen Menschen, radikaler in Sprache verwandelt. Die russische Revolution, der Kampf um einen »neuen Himmel und eine neue Erde«, findet in seinem Werk einen unerhörten und tragischen Ausdruck.

SUHRKAMP, 148 Seiten, 14,40 Euro



Sarah Bakewell
DAS CAFÉ
DER EXISTENZIALISTEN

Sarah Bakewell erzählt in einer Kollektivbiographie die Geschichte der Existenzialisten. Im Mittelpunkt stehen die Heidegger und Sartre, der eine in seiner Hütte im Schwarzwald dem Sein nachsinnend, der andere in Pariser Cafés wie besessen schreibend. Aber es geht auch um Edmund Husserl und Maurice Merleau-Ponty, Simone de Beauvoir, Albert Camus, Iris Murdoch und viele andere.

C. H. BECK, 448 Seiten, 25,70 Euro



Alec Ash
DIE EINZELKINDER

Über 300 Millionen Chinesen sind zwischen 16 und 30 Jahre alt. In sechs Porträts fängt Alec Ash das Lebensgefühl dieser unüberschaubaren Generation ein, die in den Boomjahren nach Deng Xiaopings Reformen geboren wurde. Diese jungen Menschen hegen ganz unterschiedliche Träume für ihre Zukunft und ringen alle um ihren Platz in einer Gesellschaft, die von rasantem Wandel und enormem Konkurrenzkampf geprägt ist.

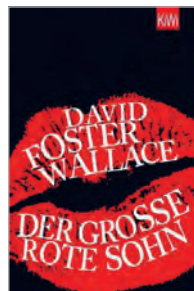
HANSER BERLIN, 320 Seiten, 24,70 Euro

Pilgerreise, Porno & Proletariat



Wu Cheng'en
DIE REISE IN DEN WESTEN

Übersetzt von Eva Lüdi Kong. »Xiyouji«, geschrieben im 16. Jahrhundert, ist einer der vier klassischen Romane Chinas. Diese Geschichte um die beliebten chinesischen Legenden kennt in ihrem Ursprungsland jedes Kind. Der Roman wurde bis jetzt noch nie vollständig ins Deutsche übersetzt. Erzählt wird von vier Pilgern, die sich auf Geheiß des Kaisers auf den langen und gefährvollen Weg in den Westen machen.
RECLAM, 1320 Seiten, 90,50 Euro



David Foster Wallace
DER GROSSE ROTE SOHN

Aus dem amerikanischen Englisch von Ulrich Blumenbach. Jedes Jahr findet im Caesars Palace in Las Vegas die Verleihung der Adult Video News Awards statt, der Oscars der Pornoindustrie. Im Auftrag der Zeitschrift Premiere besucht David Foster Wallace 1998 die Preisverleihung sowie die zugehörige Pornomesse und schreibt über geklaute Trophäen, wahre Klischees und das Pornobusiness als gänzlich ironiefreie Zone.
KIEPENHEUER & WITSCH, 112 Seiten, 8,30 Euro



Fiona Kidman
JEAN BATTEN, PILOTIN

Aus dem Englischen von Barbara Weidle. Fiona Kidmans Roman erzählt die Lebensgeschichte der neuseeländischen Flugpionierin Jean Batten (1909–1982). In den 1930er Jahren wurde sie als »die Garbo der Lüfte« zur Ikone der modernen Flugkunst. Bei ihrem ersten Versuch, nach Australien zu fliegen, scheitert sie grandios. Doch sie gibt nicht auf.
WEIDLE VERLAG, 412 Seiten, 25,70 Euro



Dorit Rabinyan
WIR SEHEN UNS AM MEER

Aus dem Hebräischen von Helene Seidler. Die Tel Aviverin Liat lernt in New York den Maler Chilmi kennen, der aus Ramallah stammt. Die beiden verlieben sich, wohl wissend, dass ihre Liebe keine Zukunft hat: Wenn die Zeit in New York vorbei ist, wird auch die Beziehung, die eigentlich nicht sein darf, zu Ende gehen. Doch Liat und Chilmi haben die Rechnung ohne ihre Gefühle gemacht.
KIEPENHEUER & WITSCH, 384 Seiten, 20,60 Euro



Angelika Meier
OSMO

Eine Solaranlage, die von einem sektiererischen Deutschen geleitet wird, sieben heimatlose Veteranen, das Gefängnis-Motel Court Inn, ein kleines Mädchen, das von Schrumpfköpfen besessen ist, der Gefängniskoch, der zum Marshal wird, der Berater für indianische Angelegenheiten, ein Diner in der Mojave-Wüste, auf Notbooten heimkehrende Familien am Strand von Los Angeles sind die Wegbegleiter dieses Romans.
DIAPHANES, 272 Seiten, 22,95 Euro



Andrej Platonow
DIE BAUGRUBE

Aus dem Russischen von Gabriele Leupold. Am Rand einer großen Stadt heben Arbeiter eine riesige Grube aus, um ein »gemeinproletarisches Haus« zu errichten. Vom Kriegsinvaliden über den Handlanger bis zum Ingenieur bildet sich eine Hierarchie, die den sozialen Verhältnissen in Stalins Sowjetunion ähnelt. Mit Nastja, dem Waisenkind, ist der »neue Mensch« bereits unter ihnen. Doch am Ende wird es in der Baugrube beerdigt.
SUHRKAMP, 240 Seiten, 24,70 Euro

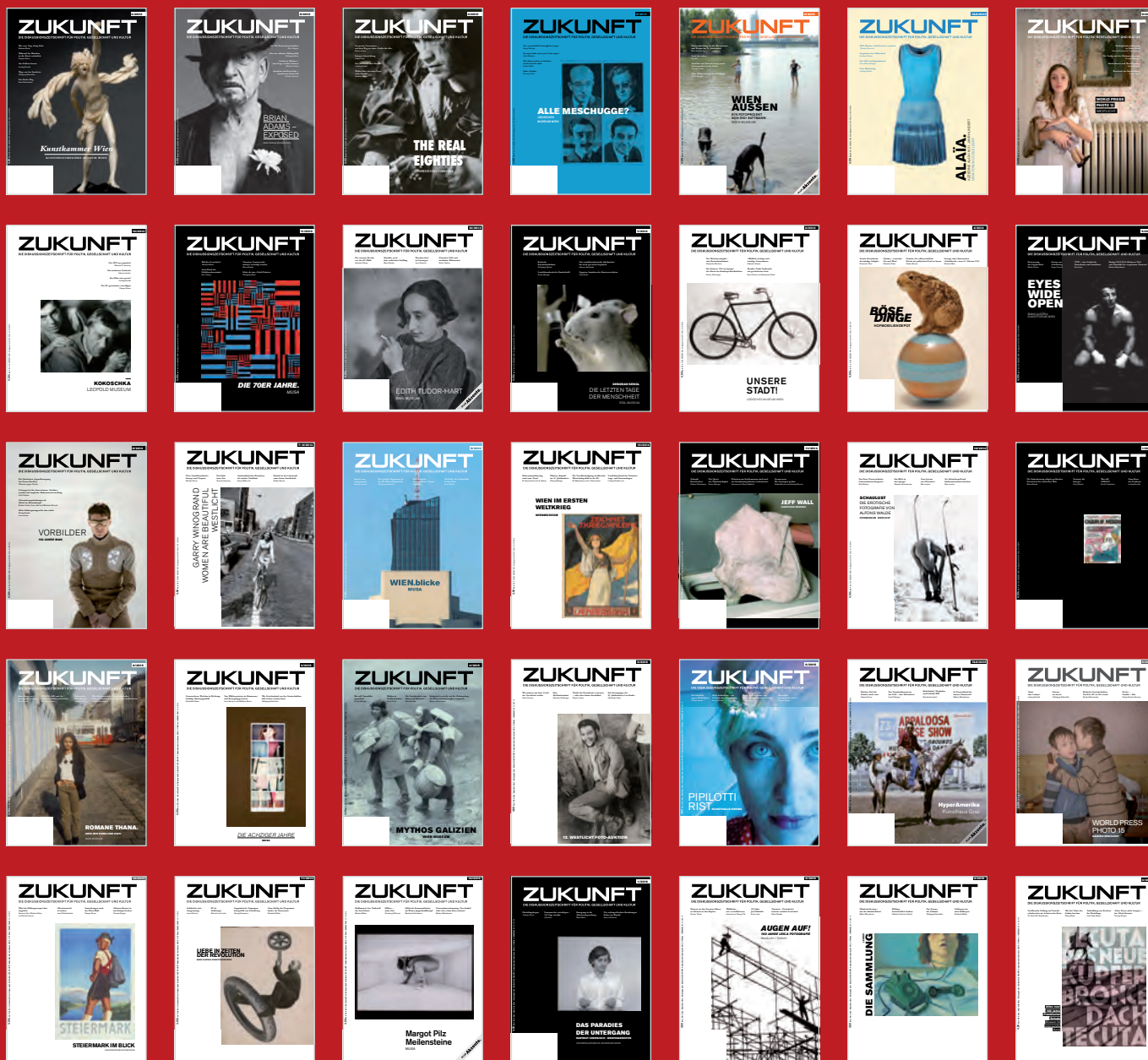


RACHEL ROSE

Everything and More, 2015,HD-Video, ca. 11 Minuten, Filmstill

Courtesy of the artist, Pilar Corrias Galerie, London und Gavin Brown's enterprise, New York

© Rachel Rose



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: